



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
Nr. 13 – Juni 2013

Inhalt	Seite
EDITORIAL	03
AKTUELLES zum Notstand der Republik	
Krieg und Frieden oder wie man in „friedlichen“ Zeiten andere Länder besetzt	04
Maßnahmen des Staatsumbaus, der Zentralisierung des Gewaltenapparates und der Militarisierung	07
SCHWERPUNKT Klassenkampf statt Weltkrieg	
Was bisher geschah	12
Internationale Antikriegsveranstaltung	13
Antifaschistische Kunst verboten – deutsche Gerichte gehen wieder gegen Meinungs- und Kunstfreiheit und gegen John Heartfield vor	14
Mach mit!	17
Die Kommunistische Jugendunion Tschechiens - Interview mit Radim Gonda	18
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Bundeswehr statt Brecht? - Brecht statt Bundeswehr!	21
Fast schon täglich grüßt das Murmeltier...	22
„Gegen Krieg und Faschismus – damals und heute!“ - Ein Bericht über ein gemeinsames Seminar	23
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Dokumente	Anhang

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein. In diesem arbeiten seither Jugendliche aus

unterschiedlichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und diesem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weitere Kongresse dagegen organisiert. Für diese Aktionen konnten wir oft größere Bündnisse schließen oder wir haben uns an Bündnissen beteiligt, außerdem sind wir Teil einer internationalen Aktionseinheit gegen den Krieg.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch ist die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in einer Erklärung:

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser

Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden, bzw. wir drucken auch gerne Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org • Mail: info@Jugendkongress-NdR.org

Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

AKTUELLES zum Notstand der Republik

Krieg und Frieden oder wie man in „friedlichen“ Zeiten andere Länder besetzt

Die Krise tobt. Noch sind die Zeiten „friedlich“. So friedlich, dass Menschen hungern müssen, keine Krankenversorgung mehr bekommen, und aus ihren Wohnungen vertrieben werden.¹ So friedlich dass mit deutschen Spardiktaten andere Länder der Souveränität beraubt werden, weil sie nicht mehr bestimmen dürfen, was mit ihren Geldern passiert. Dies, ohne dass ein Schuss gefallen ist. Und dennoch Folgen davon, dass dieses Land anderen Ländern seinen Willen aufzwingt. Noch ohne Schüsse. Nur – wie lange noch? Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Er kann Millionen Arbeiter nicht mehr Lohnarbeiter sein lassen. Er giert nach Profit und muss gleichzeitig feststellen, dass Armut keine Profite beschert.

Was kommen wird, wenn es nach dem Gesetz der Herrschenden geht, sagt selbst ein Jean-Claude Juncker offen: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur. [...] Das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden, wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam.“²



Aber: Krieg und Besetzung fallen nicht vom Himmel (Gott sei Dank, dann wären wir ja dem Himmel ausgeliefert). Sie haben Ursachen und Vorgeschichte. Der Zweite Weltkrieg begann nicht plötzlich mit dem Überfall auf Polen, schon zuvor hatten die deutschen Faschisten die damalige Tschechoslowakei besetzt. Und auch das hatte seine Vorgeschichte. Das Münchner Diktat im September 1938 erlaubte den Raub dieses Landes. Zuvor hatten Nazis gezielt den tschechoslowakischen Staatsapparat in ihren

Fokus genommen, um von innen vorzubereiten, was dann durch das Münchner Diktat offiziell erreicht werden konnte: Tschechien in deutscher Hand.



In welcher Vorgeschichte leben wir heute?

„Mit allen Nachbarstaaten Deutschlands bestehen bilaterale Abkommen über Polizeizusammenarbeit. Wesentliche Merkmale dieser Abkommen sind Bestimmungen zu grenzüberschreitenden Polizeieinsätzen (z.B. Observation, kontrollierte Lieferungen, Nacheile), zu gemeinsamen polizeilichen Einsatzformen (z.B. gemeinsame Streifen), zu gegenseitigem Informationsaustausch, zu grenzüberschreitender personeller Unterstützung sowie zu den sog. Gemeinsamen Zentren.“³

„Durch Maßnahmen im Rahmen der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe wird ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität, insbesondere der Organisierten Kriminalität (OK) und des internationalen Terrorismus, geleistet. ... Die Unterstützung zielt darauf, die Auswirkungen von Kriminalität und Terrorismus auf Deutschland zu reduzieren.“⁴

Und:

„Da nicht in allen Staaten bereits gefestigte demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und Funktionsweisen gleichermaßen gut ausgeprägt sind, verfolgt die polizeiliche Aufbauhilfe auch das Ziel, den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in diesen Empfängerstaaten im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie die Schaffung demokratischer Rahmenbedingungen zu fördern. Grundsatz der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe ist die Förderung der Nachhaltigkeit. Somit ist sichergestellt, dass nur

¹ www.sueddeutsche.de, 29.3.13, „Schluss, Aus, kein Amen“; www.spiegel.de, 14. März 2013, „Zwangsräumungen verstoßen gegen das EU-Recht“.

² www.sueddeutsche.de, 10.3.13, „Juncker warnt vor Krieg in Europa“.

³ Bundesministerium des Inneren: Themen/Sicherheit/Internationale Zusammenarbeit: „Polizeiliche Zusammenarbeit“.

⁴ Ebd.

solche Maßnahmen bzw. Projekte gefördert werden, die das Ziel einer dauerhaft effektiven Verbrechensbekämpfung verfolgen.“⁵

Das klingt nach: Polizeiliche Zusammenarbeit, Ausbildung von Polizeien anderer Länder, Aufbau der staatlichen Strukturen – kurz: Deutschland ist der Freund und Helfer.

Und wie klingt das? Auf dem Weg nach Warschau mitten in Polen steht eine Polizeikontrolle, die Autos polnischer Jugendlicher anhält und diese durchsucht. Die Polizisten sprechen deutsch, das Polizeiauto hat ein deutsches Kennzeichen, sie tragen die deutsche Uniform und ihre Einsatzbefehle bekommen sie aus der BRD. Fabriken in Tschechien werden bestreikt, die Bänder stehen still, die Zulieferungen an Daimler in der BRD drohen auszufallen. Ein Räumungskommando rückt heran, mitten drin das THW, das die Fabriken am Laufen halten soll. Nun, das hört sich jetzt weniger nach Zusammenarbeit und Hilfe an.

In Polen sind 180 große Firmen in deutscher Hand, das deutsche Kapital ist größter Investor vor den USA und Frankreich.⁶ In der Tschechischen Republik hat der deutsche Einzelhandel die dominierende Position inne.⁷ Die größten Marktanteile finden sich u.a. bei Schwarz (Kaufland, Lidl) und Rewe (Billa, Penny Market).⁸ Wunderbar, wenn man aus den Bevölkerungen anderer Länder auf vielfältige Art und Weise Profite erzielen kann. Die Menschen in der Tschechischen Republik geben ihr Geld bei deutschen Handelsketten aus, das sie zuvor von ihrem deutschen Arbeitgeber erhalten haben: Škoda, also eigentlich VW. VW begann als eine der ersten Firmen nach 1989 Tschechische Firmen aufzukaufen. Dieser Aufkauf kostete VW `n Apfel und `n Ei und die tschechischen Arbeiter 30.000 Arbeitsplätze. Die Gewinne fließen allerdings nach Deutschland. Und wenn dann noch Škoda nach Deutschland exportiert, findet eigentlich ein deutsch-deutscher Handel statt. Für die Arbeiter in der Tschechischen Republik eine verzwickte Situation, da sie sich ihrer „eigenen“ Bourgeoisie und dem deutschen Kapital gegenüber sehen. Komisch eigentlich, dass noch nicht von „deutsch-deutscher“ Zusammenarbeit in der Wirtschaft die Rede ist.



Zusammenarbeit hört sich gut an, entpuppt sich aber bei diesen realen Macht- und Besitzverhältnissen als das, was es ist: Sicherung des Eigentums, Sicherung der Macht, auch jenseits der Grenzen. Wen wundert es dann, wenn mit der Tschechischen Republik und der Republik Polen besonders intensiv „zusammengearbeitet“ wird? Schon kurz nach der Annexion der DDR wird der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“⁹ geschlossen. Während in der BRD die sudetendeutschen Landsmannschaften gegen diesen kämpften, weil durch den Vertrag „ihr“ Eigentum in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik nicht durchgesetzt würde, hatte das Volk in Prag andere Sorgen: Noch weit mehr Widerstand gab es in der Tschechoslowakei. Als Bundeskanzler Kohl am Nachmittag des 27.2.92 auf der Prager Burg eintraf, um mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Havel und den Außenministern Genscher und Dienstbier den Nachbarschaftsvertrag zu unterschreiben, erwartete ihn dort eine wütende Menge von etwa 2000 Tschechen, die „Verrat“, „Schande“ und „Heim ins Reich“ brüllten.¹⁰ Unbegründet? Nicht „europäisch“ denkend? So wird es durch die deutsche Presse gerne hingestellt.



Und selbiges verbreitet sich natürlich auch in der Tschechischen Republik: die Medien in Tschechien sind mehrheitlich in deutsch-

em Besitz. Es existiert lediglich eine seriöse tschechische Tageszeitung. Über die Hälfte der Presse in Osteuropa wird von Deutschland gesteuert. In Ungarn sind es beispielsweise 75%.¹¹ Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) ist führend in Tschechien und Polen. Von einem Meinungsmonopol zu sprechen, scheint nicht allzu weit hergeholt, zumal die tschechisch-sprachige deutsche Presse gerne mal im „Vertriebenen“-Jargon schreibt. Insofern sah sich vor ein paar Jahren die tschechische Regierung gezwungen, ein Buch mit dem Titel „Sudetenland immer noch ein lebendiges Problem?“¹² zu veröffentlichen, um den deutschfreundlichen Presseberichten entgegenzuwirken und ein breiteres Meinungsbild zu gewährleisten. Die Nachkriegsordnung bzgl. des Verhältnisses der BRD

⁵ Ebd.

⁶ Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 01, S. 49.

⁷ www.german-foreign-policy.com, 15.11.2006, „Deutsche Hände“.

⁸ www.gtai.de, 6.3.13, „Tschechiens Einzelhandel trotz der Wirtschaftskrise“; www.tschechien-wirtschaft.de, 31.5.07, „Handelsketten beherrschen den tschechischen Markt“.

⁹ Botschaft der BRD in Prag, Deutsch-tschechische Beziehungen: „Vertrag über gute Nachbarschaft“.

¹⁰ FAZ, 10.3.12.

¹¹ www.german-foreign-policy.com, 15.11.03, „Wie im Protektorat“.

¹² www.german-foreign-policy.com, 8.4.02, „Tschechische Regierung wehrt sich gegen deutsche Medien-Dominanz“.

und Tschechischen Republik sowie ihrer Souveränität kann auf vielfältige Arten in Frage gestellt werden.

Das Abkommen von 1992 zwischen der größer gewordenen BRD und der damals noch bestehenden Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, genannt „Abkommen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Terrorismus“, bildet bis heute die Grundlage, dass die Souveränität des tschechischen Staatsapparats mehr und mehr ausgehöhlt wird. Auf Grundlage dieses Abkommens wurden polizeiliche Kommissionen gebildet, der Informationsaustausch und die gegenseitige Ausbildung von Fachleuten festgeschrieben. In der Folgezeit wurden weitere Verträge geschlossen. Zum Beispiel: Der Vertrag über die Zusammenarbeit von Polizeibehörden und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten – seitdem gibt es gemeinsam besetzte Dienststellen an der Grenze. Und vor allem: Im Rahmen der sogenannten Nacheile kann die deutsche Polizei ohne Antrag, ohne Genehmigung über die tschechische Grenze fahren und dort polizeilich verfolgen – ohne räumliche Grenze. 2007 nun wurde das „Gemeinsame Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice/Schwandorf“ gegründet:

Am 17. Dezember 2007 nahm das Gemeinsame Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Schwandorf und Petrovice seine Arbeit auf. Das Gemeinsame Zentrum bündelt die Fach- und Sprachkompetenz der beteiligten Polizei- und Zollbehörden Deutschlands und Tschechiens.¹³ Und wie funktioniert die Zusammenarbeit praktisch? Wie kommuniziert man? „Da gibt es kein Problem, wir sprechen gut Deutsch.“¹⁴

Im Rahmen des sogenannten „Hofer Dialogs“ zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Tschechischen Innenministerium (am 13.2.13 in Kraft getreten) wird kontinuierlich der weitere Ausbau der „Zusammenarbeit“ gefördert. Unter anderem wurden ständige Arbeitsgruppen gebildet, die den bestehenden deutsch-tschechischen Polizeivertrag überarbeiten und fortentwickeln und die Zusammenarbeit im Rahmen des GASIM (Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migranten) und

ANACEN (Analytické centrum pro ochranu státních hranic a migraci – Analytisches Zentrum zum Schutz der Staatsgrenzen und Migration) weiter ausbauen sollen: *„Wichtig ist der intensive Informationsaustausch zwischen den tschechischen und deutschen Behörden. Hier haben wir im Laufe des vergangenen Jahres bereits signifikante Fortschritte gemacht. Wir haben ein gemeinsames Zentrum gegründet zwischen tschechischen und deutschen Behörden. Wir sind dabei einen Polizeikooperationsvertrag neu auszuhandeln...“¹⁵*

Das alles passiert unter dem Titel „Drogenbekämpfung“, „Terrorismusbekämpfung“ oder „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“.¹⁶ Zauberwörter, die verhüllen, dass es dabei immer um anderes geht, als um „Zusammenarbeit“ für „unsere Sicherheit“. Drogenschmuggel über die tschechische Grenze aufdecken – dazu ist es nicht notwendig, in Tschechien auf Polizeistreife zu fahren.

Letzte Neuigkeit: am 4.4.13 trat das deutsch-tschechische Rettungsabkommen in Kraft, damit grenzüberschreitend Rettungseinsätze bei Katastrophen ermöglicht würden. Mal ehrlich: Wenn das ganze Grenzland brennt, kommen die Löschfahrzeuge ganz sicher aus beiden Ländern angefahren. Braucht man dafür dieses Abkommen? Ganz sicher nein. Ein solches Abkommen braucht man, wenn man Krieg führen will und sich sicher wähnen will, dass man davor oder währenddessen nicht abgesägt wird. Diese Abkommen braucht man, wenn man sicherstellen will, dass die deutsche Macht in Europa auch dann agieren kann, wenn die „Katastrophe“ darin besteht, dass die Bevölkerung gegen ihre Herren und Ausbeuter auf die Barrikaden geht.

Das ist die jetzige Vorgeschichte. Die Vorgeschichte zu einer neuerlichen Besetzung anderer Länder durch Deutschland, die wieder darin enden wird, dass Bomben fallen, wenn wir dieser Vorgeschichte nicht eine andere Richtung geben. Zeit dafür ist es!

Die Katastrophe sind die Abkommen der Ausbeuter und ihr Krieg! Nicht mit uns! Klassenkampf statt Weltkrieg!

Anna (Köln), Lena (Regensburg)

¹³ www.auswaertiges-amt.de/sid_9977f9d1005bd1ed9fd62e2aee8122bd/de/aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/TschechischeRepublik/Bilateral_node.html#doc358742bodyText3.

¹⁴ www.otv.de/mediathek/tag/gemeinsames-zentrum-der-deutsch-tschechischen-polizei-und-zollzusammenarbeit-schwandorf/#.UXIoJLWSKSo

¹⁵ Bundesministerium des Inneren, 14.2.13, „Tschechien und Deutschland verbessern Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogenhandel“.

¹⁶ Hierbei sei nur angemerkt, dass die offiziellen Zahlen zeigen, dass diese „Gefahren“ keinerlei materielle Grundlage haben. Sieht man sich den Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung an, so gibt es fast nur sinkende Zahlen. Und dass sich im bayerischen Wald Horte des „internationalen Terrorismus“ befänden...



Der Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg bei seiner Fahrt 2011 an der polnischen Grenze. Die deutsche Polizei wollte den Zug in die Republik Polen begleiten. Nur durch heftigen Protest, konnte dies verhindert werden.

Aktuelles vom Notstand der Republik:

Maßnahmen des Staatsumbaus, der Zentralisierung des Gewaltenapparates und der Militarisierung

Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Über demokratisch fragwürdige Wege ist dem Einsatz der Bundeswehr mit militärischer Bewaffnung und Ausrüstung ein weiteres Tor geöffnet worden. Nicht gemacht von den gewählten Mitgliedern des Parlaments, sondern gemacht von eingesetzten Richtern. „Sie haben die Verfassung nicht interpretiert, sie haben sie geändert. Es ist ein juristischer Handstreich. Einer der 16 Richter im Plenum gab ein Sondervotum ab. Nach Auffassung von Reinhard Gaier habe die jetzige Entscheidung die Wirkung einer Verfassungsänderung. Diese stehe dem Gericht nicht zu. [...] Der Spruch, dass viele Köche den Brei verderben, ist einer fundamentalen Verfassungsfrage eigentlich nicht angemessen, aber er stimmt. Die Köche hätten sagen sollen, ja sagen müssen, dass man in das Grundgesetz auch mit 16 Richtern nicht hineininterpretieren kann, was einfach nicht drinnen steht. Solch fundamentale Entscheidungen, wie sie jetzt das Verfassungsgericht getroffen hat, sind Sache des Verfassungsgesetzgebers. Die Richter haben das Grundgesetz fundamental geändert. Das war und ist nicht ihre Sache.“ (Ebenda)



Mehrmals hat die Union aus CDU/CSU in den vergangenen Jahren versucht, eine Grundgesetzänderung zum Bundeswehreinsatz im Inneren zu beschließen. Sie bekam allerdings nie die nötige Zweidrittelmehrheit dafür. Diese braucht sie nun auch nicht mehr, denn diejenigen, die eigentlich die Verfassung vor dem Gesetzgeber schützen sollen, ändern sie nun selbst.

Es ist ein weit-verbreiteter Irrglaube, dass das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich auf der Seite der fortschrittlichen, antifaschistischen und demokratischen Kräfte stünde.

Mit diesem Urteil hat es uns das Gegenteil bewiesen, das Bundesverfassungsgericht steht auf der Seite der BRD-Kriegstreiber, auf der Seite des Notstands der Republik.

Doch mit dem Urteil wird der Einsatz bewaffneter Soldaten im Inneren nur scheinbar legitimiert: „Gewiss: nur in Ausnahmefällen. Gewiss: nur als letztes Mittel, nur als Ultima Ratio - wie es so schön heißt, wenn Juristen erlauben, was sie eigentlich nicht erlauben dürften. Gewiss: nicht zum Einsatz bei Großdemonstrationen. Man kennt solche Gewissheiten. Das Gewisse ist einige Zeit später schon nicht mehr gewiss.“ (Ebenda)

So wie sie die Bundeswehr gegen die Großdemonstration zum G8-Gipfel in Heiligendamm eingesetzt haben, so gewiss wird sie wieder gegen Großdemonstrationen eingesetzt werden. Der Einsatz, der 2007 in Heiligendamm durchgeführt wurde, war die größte militärische Operation in der BRD seit 1945: Insgesamt waren offiziell 2.450 Soldaten eingesetzt. So waren mit dem Betrieb des Sanitätszentrums am Krankenhaus Bad Doberan 196 Soldaten beschäftigt (BT-Drucksache 16/6046), zzgl. sechs Sanitätskräfte



im Pressezentrum. Demgegenüber standen 641 Feldjäger, die Überwachungsaufgaben übernommen hatten. 300 Angehörige des Objektschutzregiments der Luftwaffe und 40 Marinesoldaten waren ebenfalls mit „Bewachung, Schutz und Betrieb“ der Bundeswehrdienststellen beauftragt. Hinzu kamen weitere 350 Soldaten (240 Marine, 100 Luftwaffe, 9 Heer) „zur Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum“ (ebenda).

Der Auftrag für 459 Marineangehörige lautete: „Personentransport, Überwachung Einsatzgebiet“. An schweren Geräten waren eingesetzt: drei Minenjagdboote, eine Fregatte (F 124), ein Hafenschlepper und sechs Verbindungsboote, das Heer stellte vier mittlere Transporthubschrauber bereit, einen

Großraumrettungs-Hubschrauber, zwei Spürpanzer Fuchs und zehn Spähpanzer des Typs Fennek, die Luftwaffe schickte vier Eurofighter und acht F-4F Phantom in die Luft (offiziell zur „Sicherheit im Luftraum“ und außerhalb der Amtshilfeersuchen), hinzu kamen (wiederum als Amtshilfe) 12 Aufklärungstornados, zwei bereitgestellte C-160-Transall-Flugzeuge und ein Such- und Rettungshubschrauber. Ein solcher Einsatz ist die Vorbereitung des Krieges gegen das eigene Volk, und weil es 2007 noch zu viel Widerspruch und Aufregung im Nachhinein gab, Tornados, die auf gerade mal 116 m Höhe Demonstranten überflogen, Feldjäger mit Sturmgewehr G36 bewaffnet und ähnliches, musste das

Ganze jetzt höchststrichterlich abgesegnet werden. „Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen“ (abweichende Stellungnahme des Bundesverfassungsrichters Reinhard Gaier zum Bundeswehrein-satz im Inneren).

Der Militäreinsatz gegen die Bevölkerung war den Herrschenden in der BRD schon lange ein großes Anliegen. Schäuble als Innenminister und Jung als Kriegsminister haben lange um ihn gekämpft. Möglich macht es jetzt das Bundesverfassungsgericht. Denn wer soll die Herrschenden denn retten, wenn die Beherrschten nicht mehr anders wollen und können als sich zu wehren?

Nie wieder Freikorps! RSU-Kommandos in der gesamten BRD aufgestellt



Aufstellung RSU Kompanie in der Bremer Scharnhorst Kaserne

Die neuen „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ (Abkürzung: RSUKr oder RSU) sollen die Heimatschutzbataillone ergänzen. Die Kommandos werden in der Regel in Kompaniestärke aufgestellt (ca. 100 Soldaten). Bundesweit ist die Aufstellung von ca. 32 RSU-Einheiten vorgesehen, in denen insgesamt über 3.000 Reservisten dienen können. Offiziell ist die vorrangige Aufgabe, „die aktive Truppe“ im Rahmen des Heimatschutzes zu unterstützen. Das heißt, die Kompanien werden eingesetzt beim inneren Notstand, also wenn „Gefahr für den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ besteht. Im Rahmen der Amtshilfe können die RSU-Kräfte zur Unterstützung der Polizei beim „Schutz ziviler Objekte“, „zum Schutz kritischer Infrastruktur“ und zur „Bekämpfung organisierter und bewaffneter Aufständischer“ eingesetzt werden, ohne dass der innere Notstand ausgerufen werden muss.

Das Bundesministerium des Inneren gliedert kritische Infrastruktur in neun Sektoren: Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Staat und Verwaltung, Medien und Kultur. Seltsam, dass ein „Heimatschutz“ zwar alles schützt was Profite bringt, aber kein Wort von Schulen, Kindergärten oder Wohnblocks gesprochen wird.

Nach einer Generalklausel der Europäischen Union könnte der Amtshilfe-Einsatz auch beim politischen Generalstreik gegen Versorgungseinrichtungen, gewaltsamen Massenprotesten, sozialen Unruhen sowie Aktionen des zivilen Ungehorsam durch Streiks und/oder Straßenblockaden im Transport- und Energie- oder Gesundheitswesen möglich sein.

Weiter sollen die RSU-Kräfte bei Erhöhung der Gefährdungsstufe in Deutschland Wach- und Sicher-

ungsaufgaben von militärischen Liegenschaften und militärisch genutzten Objekten übernehmen, also die Kasernen sichern, während das reguläre Militär im Einsatz ist. Auch „sonstige Unterstützungsmaßnahmen“ werden als Auftrag der RSU genannt. Hierzu der Reservistenverband: „Unter sonstige Unterstützungsmaßnahmen fallen alle Einsätze zur Verstärkung aktiver Kräfte bei besonderen Projekten der Streitkräfte oder bei besonderen Großvorhaben [...] z.B. der Münchner Sicherheitskonferenz.“ (Reservistenverband RSUKr – Antworten auf häufig gestellte Fragen)



In welcher Tradition diese Truppe steht, ist jedem klar, der die Geschichte des deutschen Militarismus kennt. Die „Freikorps“ wurden 1918/19 systematisch von Reichswehr und Regierung aufgebaut, von Anfang an gegen die sozialistische Novemberrevolution. Sie rekrutierten sich zum größten Teil aus den Reihen der Sturmtruppen (Spezialeinheiten zum Durchbrechen der gegnerischen Frontlinie) und den sogenannten „Offizieren auf Zeit“ (Offiziere mit Kurzausbildung, für die nach dem Krieg keine Verwendung mehr war). So gab es Freikorps, die fast ausschließlich aus ehemaligen Offizieren bestanden. Am 6. Januar 1919 rief der deutsche Oberbefehlshaber Noske (SPD) die „Freikorps“ zur Wiederherstellung und Schutz der Grenzen auf. Kurz darauf

begann die Intervention der Freikorps gegen die revolutionären Arbeiter in Berlin. Ende Januar 1919 wurde die „Freiwilligen-Sturmabteilung Rossbach“ gegen polnische Partisanen in Ostpreußen ins Feld geführt.

Im Laufe der nächsten Monate zerschlugen die Freikorps zusammen mit der Reichswehr die Bremer und Hamburger Räterepublik, die Münsteraner Arbeiter- und Soldatenräte, die in Mühlheim, Gotha und Halle ausgerufene sozialistische Republik, den Berliner Generalstreik, die Münchner Räterepublik – kurz die sozialistische Revolution in ganz Deutschland. Im März 1920 kam es zum Putsch von Kapp und Lüttwitz (Nationale Volkspartei). Als die Arbeiter mit einem Generalstreik antworteten, kam es zum Einsatz von Freikorps und Reichswehr. Der Putsch scheiterte, aber auch die Versuche, den Generalstreik in eine zweite Revolution münden zu lassen, wurden von den konterrevolutionären Truppen verhindert.

„Es gibt in Deutschland also eine lange Tradition des Militäreinsatzes im Inneren. Es ist eine Tradition von Blut und Schande“ (SZ 23.2.2006).

Und diese Tradition wird weitergeführt. Wer glaubt schon an das Märchen vom Helfer in der Not? RSU-Kompanie-Chef Oberstleutnant Felix von Streit wird da ganz deutlich: „Der 52-jährige Oberstleutnant sieht die RSU-Kräfte nicht als bewaffnete Katastrophenhelfer. In erster Linie stehen für ihn die militärischen Anforderungen im Vordergrund“ (Zeitschrift Y-Punkt, das Magazin der Bundeswehr).

Die erneute Aufstellung von Freiwilligenverbänden, im Gegensatz zu den Freikorps unter Befehl der Bundeswehr und von Anfang an für den Einsatz im Inneren gegen das eigene Volk gedacht, zeigt, dass die Herrschenden ihren Staatsapparat wieder für den nächsten großen Krieg rüsten.

Übersicht über die RSU-Kompanien:

Bremen

Aufstellung: 15. Juni 2012
1 Kompanie
Scharnhorst-Kaserne

Saarland

Aufstellung: 12. April 2013
1 Kompanie
Major d.R. Mohr
Graf-Werder-Kaserne Saarlouis

Thüringen

Aufstellung: 22. März 2013
1 Kompanie
Hauptmann Mathias Werner
Löberfeldkaserne Erfurt

Nordrhein-Westfalen

Aufstellung: 14. Juni 2013
3 Kompanien

Bayern

7 Kompanien, 1 je
Regierungsbezirk
Oberbayern 15. März 2013 (1
Kompanie)
Franken (3 Kompanien) 2. Mai
2013

Mecklenburg-Vorpommern

1 Kompanie
Aufstellung: 17. Januar 2013

Baden-Württemberg

Aufstellung: 8. März 2013
1 Kompanie
Odenwald

Brandenburg

Aufstellung: unbekannt
1 Kompanie
mit Pionier Zug

Niedersachsen

3 Kompanien
Solling 23. April 2013
Wittmund (in Planung)
Lüneburg (in Planung)

Weitere Militarisierung

Die Militarisierung der Jugend und Kinder, die Gewöhnung der ganzen Gesellschaft an die Gegenwart des Militärs ist inzwischen zum Normalzustand und die Beispiele der alltäglichen Militarisierung sind unzählbar geworden: Von einer Werbeanzeige für das BW-Adventure-Camp in der Jugendzeitschrift Bravo über die Schüler einer Grundschule in Gummersbach-Bernberg, die jeden Morgen die Soldaten in Afghanistan in ihr Gebet einschließen und Schutzengel für sie basteln bis zum Tatort und ähnlichen Vorabendprogrammen, die immer häufiger die Krankheiten heimgekehrter Soldaten und deren Opferrolle thematisieren. Doch

nach wie vor den größten Einfluss nimmt die Bundeswehr durch direktes Auftreten in den Klassenzimmern: 2012 sind auf diese Weise 140.000 Schüler mit der BW in Kontakt gekommen.

Doch die Einflussnahme geschieht nicht nur durch Soldaten im Unterricht, sondern auch durch die Herstellung von Materialien für Schüler. Zum Beispiel wird ein Leitfaden zum Thema „Frieden und Sicherheit“ offiziell von der Stiftung Jugend und Bildung herausgegeben, aber finanziert von der Bundeswehr (nachzulesen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken auf der Homepage von Ulla Jelpke).



Die BRD hat wieder eine Militärjustiz!

Der Bundesrat hat am 23. November 2012 das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Einführung eines besonderen Gerichtsstands für Fälle während Einsätzen der Bundeswehr gebilligt. Lediglich die Bundesländer Bremen und Brandenburg haben Einwände erhoben. Der Senatspressestelle Bremens zufolge haben Bürgermeister Böhrnsen und Bürgermeisterin Linnert ihre Bedenken in einer Protokollerklärung deutlich gemacht, der sich das Land Brandenburg angeschlossen hat. Darin heißt es: „Sowohl nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte als auch im Hinblick auf die Einbettung der Bundeswehr in die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland halten wir jeden Ansatz, der in die Richtung einer Militärjustiz deuten könnte, für verfehlt.“

Für Straftaten von Soldaten im Auslandseinsatz ist ab Beginn dieses Jahres eine zentrale militärische Gerichtsbarkeit zuständig. Im Geiste des deutschen Militarismus wird den bürgerlichen Gerichten die

Behandlung soldatischer Fälle nicht zugetraut, der erste Schritt in Richtung einer Militärgerichtsbarkeit ist gemacht. Noch wird vor zivilen Richtern verhandelt, aber die letzten 10 Jahre Notstand der Republik

haben gezeigt, dass der Staatsumbau nie beim ersten Schritt stehen bleibt. Für die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz ist die Mehrheitsentscheidung des Bundesrates „ein schwarzer Tag für die Justiz in Deutschland“. Oberstleutnant Ulrich Kirsch ließ die Katze aus dem Sack: Er wolle definitiv eine „zentrale Wehrstrafjustiz“.

Die faschistische Militärjustiz umfasste Bereiche wie Fahnenflucht, Befehlsverweigerung, Wehrkraftzersetzung aber auch Hoch- und Landesverrat. Auf ihrer Basis

wurden Erschießungen und schwerste Strafen verhängt. Die NS-Militärjustiz verurteilte etwa 1,5 Millionen Soldaten in ihren Gerichten (insgesamt etwa 1.300). Sie verurteilten rund 30.000 Soldaten zum Tode; vollstreckt wurden etwa 23.000 Todesurteile.



„Eins, zwei, Militär-Polizei!“ Die Bundeswehr beim Schleswig-Holstein-Tag

Unersetzlicher Partner bei Festen und Großveranstaltungen aller Art ist mittlerweile die Bundeswehr. Kinder klettern in Panzern herum, Jugendliche informieren sich über Karriere-Möglichkeiten und die Eltern stehen daneben und knipsen eifrig für's Familienalbum.

Eine Werbeanzeige des Wehrbereichskommandos I beschreibt das Spektakel, das sich beim Schleswig-Holstein-Tag abspielen sollte, folgendermaßen:

„Es (f)liegt was in der Luft! Und das muss, wenn es gefährlich ist, bekämpft werden. Das Ausbildungszentrum Heeresflugabwehr, Rendsburg, demonstriert mit dem leichten Flugabwehrpanzer Ozelot, wie das

funktioniert. Bei Gelenkigkeit sind Sie eingeladen reinzuklettern.“



Ein neues Zentrum zur Verfolgung von „Extremisten“

Die Zentralisierung des Gewaltenapparates schreitet voran: Das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) und das Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) wurden im Dezember 2012 um ein weiteres Zentrum ergänzt. Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) bringt das Bundeskriminalamt (BKA), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), alle 16 Landeskriminalämter und Landesämter für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Bundespolizei (BPol), den Generalbundesanwalt (GBA) und das Zollkriminalamt (ZKA) unter einem Dach zusammen.



Die Federführung obliegt BfV und BKA gemeinsam, es wurde eine gemeinsame Geschäftsführung eingerichtet. Sitz des GETZ sind die Standorte von BfV und BKA in Köln und Meckenheim.

Das GETZ soll einen Austausch in Echtzeit zwischen „phänomenbezogenen Arbeitsgruppen“ herstellen. Eine dieser Arbeitsgruppen nennt sich AG Operativer Informationsaustausch, ein weiterer Schritt in die Richtung eines zentralen Verfolgungsapparats wurde also gemacht: Polizeien und Geheimdienste erörtern in der BRD wieder gemeinsam „operative Vorgänge“, also konkrete praktische Maßnahmen.

Die ersten Schritte wurden vorher im Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus (GAR) gemacht, aber, wie der deutsche Staat so ist, kann er eine Behörde nicht gegen sogenannte „Rechtsextremisten“ arbeiten lassen ohne ein Jahr später den Bereich des sogenannten „Linksextremismus“ hinzuzufügen. Böse Zungen könnten behaupten, dass der Bereich des Rechtsextremismus immer nur vorgeschoben wird, um im nächsten Schritt den eigentlichen Zweck des Zentrums offenzulegen. Die Zusammenarbeit zwischen einer zentralen Polizei und dem Geheimdienst wurde von den Alliierten als ein Bestandteil des faschistischen Terrorapparates in Deutschland verboten. Das GETZ macht aus diesem Verbot Kleinholz!

Manel (Regensburg), Lisa (Köln)

SCHWERPUNKT: Klassenkampf statt Weltkrieg

Die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg!“ Was bisher geschah

2006

Nachdem es den Behörden drei Jahren lang gelungen war, die Aufführung der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ zu verhindern, konnte sie im Jahr 2006 nach langem Kampf stattfinden. Am 13. Mai schwamm ein Krokodil in der Spree, welches hinter dem Berliner Reichstag von der Reichstagspolizei in Empfang genommen wurde. Kurze Zeit später fuhren zwei sowjetische Panzer auf den Rampen des Reichstages, in der Mitte ein offensichtlich erbeuteter, westdeutscher Unimog. Auf dessen Hänger liegt der tote Soldat aus dem Brecht-Gedicht, der mehrmals wieder ausgegraben und in den Krieg zur Verteidigung des deutschen Vaterlandes geschickt wurde. Alle drei fahren weiter zu dem Gebäude in Potsdam, in dem der Alliierten-Kontrollrat untergebracht war. In der Nacht ertönen Luftschuttsirenen und von einem Bomber abgeworfenen Zettel



kündigen die Geschehnisse des folgenden Tages an. Der 14. Mai beginnt mit dem Aufbruch von Vertretern der vier Alliierten gegen den deutschen Faschismus zur Glinicker Brücke. Die Himmlischen Vier überqueren in einem Jeep an der Spitze eines Zuges sowjetischer Panzer die alte Grenze von West nach Ost, in Richtung Potsdam. Nach ihrem Verschwinden wird der alte Grenzstrich von zwei jungen Frauen der FDJ nachgezogen. Das Krokodil vom Vortrag folgt nun dem Zug: es kriecht von West nach Ost über die alte Grenze. In Potsdam begraben die Vier den deutschen Soldaten. Doch als das Krokodil auftaucht, lassen sie ihn wieder ausgraben und nehmen ihn mit unbekanntem Ziel mit sich. In den folgenden Jahren finden Veranstaltungen in Bremen und Nürnberg statt. Denn: „Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus!“

2010

Die Unterstücker stellen im dritten Jahr der Krise fest, dass die Losung erweitert werden muss, der Antikriegskampf noch offener auf die Straße gehört und es verstärkt mit den aggressivsten bedrohten Völkern gilt gemeinsam den Kampf zu führen. Fünf historische LKW fahren am 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Krieg unter der Losung „KLASSENKAMPF statt WELTKRIEG“ durch Berlin.

Es ist ein Zug, der die Klassenverhältnisse aufzeigt: Vorn fährt das Kapital mit der ersten Interkontinental-V2-Rakete der deutschen Faschisten und ihrer Sekretärin Angela Merkel. Es folgen ihre staatlichen Schlägertruppen. Auf dem dritten Wagen sitzt der unentschiedene Trommler aus Grass Roman „Die Blechtrommel“ in Wehrmachtsuniform und als Verteidiger der deutschen Post gegen die deutschen Faschisten. Die Frage wird an den Beobachter gestellt: Wo stehst du?! Auf dem vierten Wagen fahren die Unterstücker aus den Betrieben: Vertrauensleute + Betriebsräte von Daimler Bremen, Vertrauenskörperleitungen Daimler Wörth, Jungheinrich Norderstätt und manroland Offenbach,



sowie die Arbeitsgruppen aus IG Metall und Verdi Hamburg und Frankfurt, und weitere. Auf dem letzten Wagen rufen Jugendorganisationen wie die SJD – Die Falken, Niederbayern/Oberpfalz, die FDJ und der Jugendaktionsausschuss zum Kampf gegen den deutschen Krieg. Sie haben neben Stahlfässern und Schalmeien auch Sprechchöre und Lieder mitgebracht. Ein Jahr später bringt eine Aktions-einheit aus Friedenskämpfern aus vier Ländern (Tschechische Republik, Polen, DDR und BRD) erneut den Zug auf die Straße: die fünf historischen LKWs (mit ähnlicher Gestaltung wie 2010) fahren von Berlin aus durch die annektierte DDR bis nach Praha. Es geht weiter ins Drei-Länder-Eck und hinauf über Poznan nach Gdańsk. Von Gdańsk aus wollten wir zurückfahren nach Berlin. Unter der Führung der Roten Armee, als ein Zug der Besiegten. Doch in Gdańsk scheinen bereits deutsche Verhältnisse zu herrschen: der Antikriegsaktion wurde die Weiterfahrt verboten. So fahren wir 2 Tage später unter Protest aus der Stadt, der sowjetische Kübelwagen der Roten Armee folgt dem Zug als stiller Beobachter.

Im Januar 2012 stellt die internationale Aktionseinheit fest:

„Die Teilnehmer der Zusammenkunft am 28./29.01. 2012 in München sehen sie als erste von mehreren internationalen Treffen nach der Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ an, die einer mehrjährigen Fortsetzung der Aktion dienen sollen. [...] Die Teilnehmer der Zusammenkunft am 28./29.1.2012 in München nehmen diese mehrjährige Planung im Bewußtsein in Angriff,

- daß zwischen dem „Münchener Abkommen“ von 1938 und dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 ein unmittelbarer Zusammenhang besteht,
- die tschechische Republik und die Republik Polen heute wieder vom deutschen Imperialismus ökonomisch und politisch infiltriert sind,

- und im Gefolge der andauernden Weltwirtschaftskrise die Gefahr wächst, daß die Imperialisten auf einen neuen Weltkrieg zusteuern.

Davor will und soll die internationale Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ warnen, die Völker der tschechischen Republik, der Republik Polens und die anderen vom deutschen Imperialismus bedrohten Völker. Und sie will und soll die Menschen in der BRD selbst davor warnen, sich wieder in den Krieg gegen andere Völker schicken zu lassen. Die Aktion und ihre Vorbereitung dienen damit unmittelbar der Völkerfreundschaft und stehen in der großen Tradition des proletarischen Internationalismus.“

Marlene (Bremen)

Internationale Antikriegsveranstaltung

Am 29. September 2012 fand die internationale Antikriegsveranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ in der Münchner Musikhochschule statt. Sie wurde durchgeführt von der gleichnamigen Aktionseinheit, der auch tschechische und polnische Organisationen angehören. Ort und Datum waren nicht zufällig ausgewählt. Anlass für diese Veranstaltung war der Jahrestag des schändlichen „Münchener Abkommens“, in dessen Folge das faschistische Deutschland einen Teil der Tschechoslowakei besetzte und ein Jahr später den 2. Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen begann. Die Musikhochschule ist das Gebäude, in dem 1938 das Abkommen geschlossen wurde.

Dass sie tatsächlich stattfinden konnte, war bis kurz vor Beginn nicht absehbar. In den Wochen vor der Veranstaltung wurde polizeilich mit Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen gegen Verteiler der Flugschrift zur Veranstaltung vorgegangen. Grund war die Abbildung einer Fotomontage des bekannten Graphikers John Heartfield (siehe Artikel). Außerdem versuchte die Stadt München den im Frühjahr geschlossenen Mietvertrag der Veranstalter mit der Musikhochschule zu brechen. Zwei Wochen vor der Veranstaltung kündigte der Kanzler der Musikhochschule den Vertrag mit der Begründung, er sei über den wahren Charakter der Veranstaltung getäuscht worden. Es sei keine kulturelle, sondern eine politische Veranstaltung, weil mit politischen

Flugschriften und von politischen Organisationen dafür geworben werde. Ein bezeichnendes Verständnis von Kultur von einem Kanzler einer Hochschule, in der Studenten in einer kulturellen Disziplin, der Musik ausgebildet werden. Der Regisseur der Veranstaltung, Thomas Schmitz-Bender, stellte dazu in dem folgenden Gerichtsprozess fest: Nicht jede Politik ist Kunst, aber jede Kunst ist politisch. Aber

hier ging es um viel mehr, als nur die verqueren Ansichten eines Hochschulkanzlers. Die Beschlagnahmungen der Veranstaltungsflugschrift, der versuchte Rausschmiss aus dem Veranstaltungssaal waren keine Aneinanderreihung von Zufällen, sondern der Versuch der Herrschenden, genau diese Veranstaltung, an genau diesem Tag und an genau diesem Ort zu verhindern. 74 Jahre nachdem hier, an jenem Datum die Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei beschlossen worden war, auf die der Überfall auf Polen folgte, sollten Vertreter aus eben diesen Ländern nicht sprechen dürfen. Sollte am Ort

des Verbrechens geschwiegen werden über die damaligen Verbrechen und vor allem über die Verbrechen, die heute längst wieder stattfinden.

Aber es wurde nicht geschwiegen und nicht nachgegeben, im Gegenteil. Zahlreiche Organisationen sprachen ihre Solidarität aus, auf den Straßen zahlreicher Städte fanden Protestaktionen statt und die Gerichte mussten uns schließlich Recht geben. Die Veranstaltung konnte stattfinden.



Die Veranstaltung war mit über 200 Zuschauern gut besucht. Es sprach ein Mitglied des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik über die Lage der Jugend, die entweder in den Krieg marschiert oder sich wehren muss, wenn sie eine Zukunft haben will. Es sprachen zwei Vertreter aus der Tschechischen Republik und einer aus Polen – nicht nur über das Münchner Abkommen, sondern auch über die ökonomische Ausplünderung und politische Einflussnahme des deutschen Imperialismus in ihren Ländern heute. Es sprach eine Vertreterin des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD über die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus, über ihre Ursache und den Ausweg aus diesem Kreislauf von Krise, Krieg und Faschismus.

Schon die erste Rede wurde unterbrochen durch einen Auftritt von 7 Zwergen, die einen verhüllten Sarg trugen und deren Anführer sich als Kaiser Wilhelm II. zu erkennen gab. Beim zweiten Auftritt als

Adolf Hitler und beim dritten als eine Frau. Diese enthüllte den Sarg, man sah ein Krokodil, das die Zwerge sogleich mit dem „Deutschlandlied“ anbeteten. Eine Zuschauerin begann mit dem „Solidaritätslied“ dagegen anzusingen, andere unterstützten sie, bald der ganze Saal, Jugendliche stürmten die Bühne gefolgt von Arbeitern, plötzlich schoss eine der Jugendlichen in die Luft, die Zwerge verstummten und wurden davongejagt. Das Krokodil wurde von der Bühne geschmissen. Aus einer Trompete erklang die Internationale.

Insgesamt war es eine kuriose und politisch interessante Veranstaltung. Dass sie überhaupt stattfinden konnte, war ein Sieg über die Reaktion, sie hat so nicht nur durch ihren Inhalt den Kampf gegen den Krieg und die dafür gebildete Aktionseinheit ein kleines Stück vorwärts gebracht. Ein guter Auftakt für die folgenden Aktionen!

Julia (Bremen)

Antifaschistische Kunst verboten – deutsche Gerichte gehen wieder gegen Meinungs- und Kunstfreiheit und gegen John Heartfield vor

Die internationale Antikriegsveranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ am 29. September 2012 in München wurde bundesweit mit einer Flugschrift in zehntausenden Exemplaren beworben, die über deutsches Großmachtstreben, Maßnahmen der Kriegsvorbereitung und den nötigen Widerstand über Ländergrenzen hinweg aufklärte. Weil die Veranstaltung nicht verhindert werden konnte, ging der Staat mit haarsträubenden „Argumenten“ gegen die Verteiler dieser Flugschrift vor, klagte sie der „Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen“ an und beschlagnahmte in der ehemaligen „Hauptstadt

der Bewegung“, der Stadt des Münchner Diktats, dem Amtssitz der Rechtsaußen-CSU etliche Flugblätter. Neben den Münchner Behörden war dies nur noch in Bochum der Fall, überall anders wurde die Flugschrift „unbehelligt“ verteilt. Unter dem Titel des Flugblattes „Es ist noch nicht zu spät“ war eine Fotomontage zu sehen, die aus einer historischen Montage des antifaschistischen Künstlers John Heartfield („Hitlers Friedenstaube“) und deren aktueller Erweiterung („Merkels Friedenstaube“) zusammengesetzt war.



INTERNATIONALE ANTI-KRIEGS-
VERANSTALTUNG
Tschechische Republik, Republik Polen, BRD, a. DDR I
29. September 2012
17 Uhr im ehemaligen „Führerbau“

Bis
1933: Wohnhaus von A. Pringsheim und Tochter Katharina, Frau von Thomas Mann
1933: Zwangsenteignung und Abriss des Hauses durch die NSDAP
Errichtung des „Führerbau“
1938: Diktat des Münchner Abkommens durch Hitler, Chamberlain, Daladier u. Mussolini
1945: Beschlagnahmung durch die Armee der USA
1948: Übergabe von der USA (Land der Anti-Hitler Koalition) an Bayern
1954: Umbau des Nazi-Kongresssaal zu einem Konzertsaal
1957: Hochschule für Musik
1995: Nachstellung des Diktats des „Münchner Abkommens“ „Der Frieden, der zum Krieg führt“
2012: Kommt zur Internationalen Anti-Kriegs-Veranstaltung ▶ München Arcis-Str. 12



„Die Nazis haben die Wahrheit, das freie Denken, die Entwicklung und das Leben vieler Deutscher kastriert, und nun sind als nächste Opfer die Maler und Bildhauer dazu ausersehen“, sagte John Heartfield 1937, der von den deutschen Faschisten verfolgt wurde. Er ist einer der bedeutendsten Vertreter proletarisch-revolutionärer Kunst und Begründer der politischen Fotomontage. Heute werden seine Werke wieder von deutschen Gerichten verboten. Im

Folgenden dokumentieren wir eine Veröffentlichung des Aktionsbüros „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ sowie die in diesem Zusammenhang erfolgte Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Verletzung der Meinungs- und Kunstfreiheit, mit welcher beantragt wird, die Beschlagnahme der Flugblätter und vorhergehende Urteile von Amts- und Landgericht München für verfassungswidrig zu erklären und aufzuheben:

Hitlers Friedenstaube auf dem weltberühmten Plakat John Heartfields ist ein Habicht

Der gelernte Kaufmann und Bankrotteur Theodor Habicht trat 1926 in die NSDAP ein [...]. 1931 ging er mit seinem Nazi-Blatt „Rheinwacht“ bankrott [...] und haute nach Österreich ab [...]. Er organisierte in Österreich den Aufbau der NSDAP und wurde deren Landesinspekteur. Im Februar 1934 war er an der Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Wien beteiligt. Danach plante er mit anderen deutschen Faschisten die Ermordung des österreichischen Reichskanzlers Dollfuß. Der Mord gelang, allerdings schlug der Putsch zur deutschen Machtergreifung in Österreich fehl und HITLERS FRIEDENSTAUBE fiel in Ungnade [...]. Habicht bereitete die friedliche Annexion Österreichs vor, wie auch die moderne Frau mit dem gehobenen Arm auf dem spiegelverkehrten Habicht mit der Unterzeile MERKELS FRIEDENSTAUBE in späterer Zeit. Zur Zeit der Montage des weltberühmten Plakats HITLERS FRIEDENSTAUBE lebte der große, revolutionäre Künstler in Prag – dorthin musste Heartfield ins Exil fliehen, verfolgt vom deutschen Staat. 1938, nach der friedlichen Okkupation von Teilen der souveränen Tschechoslowakei infolge des Münchner Diktats entzog sich Heartfield erneut dem Zugriff des nun noch größer gewordenen deutschen Staates, auf dem Luftweg nach England. Vierundsiebzig Jahre später montiert Helge Sommerrock in der Hauptstadt der Bewegung HITLERS FRIEDENSTAUBE mit MERKELS FRIEDENSTAUBE auf die Flugschrift der internationalen Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“.



Aus der Verfassungsbeschwerde

Gegenstand der Verfassungsbeschwerde ist die Frage, ob die Beschlagnahme von Flugblättern, die für eine unter dem Titel ‚Klassenkampf statt Weltkrieg‘ beworbene Anti-Kriegs-Veranstaltung in der Hochschule für Musik und Theater, dem ehemaligen ‚Führerbau‘ in München warben und auf deren ersten Seite die Fotomontage John Heartfields ‚Hitlers Friedenstaube‘ abgebildet ist, vor dem Recht des Beschwerdeführers aus Art. 5 Abs. 1 und 3 GG, der Meinungs- und Kunstfreiheit, Bestand haben kann [...].

Ziel dieser Aktivitäten ist – in Anlehnung an Bertolt Brechts ‚Legende vom toten Soldaten‘, für das er im Jahre 1935 von den Nationalsozialisten ausgebürgert wurde und angesichts der Dominanz der Bundesrepublik Deutschland in einem von größten Widersprüchen geprägten Europa, angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus [...], angesichts der Tatsache, dass der Einsatz der Bundeswehr weltweit zum Schutze ‚des freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes‘ in dem

aktuellen ‚Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr‘ (2006) entgegen dem Auftrag des Grundgesetzes zur offiziellen Doktrin geworden ist – die Warnung vor einem neuen Krieg [...]. Die Flugschrift trägt in der oberen Hälfte groß lesbar die Überschriften ‚Es ist noch nicht zu spät – Erklärung der internationalen Aktionseinheit‘ sowie in der unteren Hälfte ‚Klassenkampf statt Weltkrieg‘ [...]. Im unteren Drittel befinden sich zwei Foto – Montagen: Links ist die Fotomontage

„Hitlers Friedenstaube“ des Künstlers John Heartfield abgedruckt, rechts eine eigens für die Flugschrift entworfene Montage, untertitelt mit „Merkels Friedenstaube“.

Das Amtsgericht München zog hieraus den Schluss: „Dies ist strafbar als Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86a StGB Abs. 1 Nr. 2 StGB. Bei dem Hakenkreuz handelt es sich (um) ein Symbol der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, dessen Verwendung unabhängig von der Absicht und Zielsetzung des Verwenders nach § 86a StGB strafbar ist [...]. Zwar ergibt sich aus dem Kontext, dass das Flugblatt für eine Antikriegsveranstaltung werben soll. Auf Anhieb erkennbar ist die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie für den Betrachter jedoch nicht. Die Abbildung des Vogels ist auch nicht durch die Kunstfreiheit gedeckt. Allein der Umstand, dass es sich hierbei um das Werk eines Künstlers handelt, stellt das Flugblatt nicht schon unter den Schutzbereich der Kunstfreiheit. Weder ist der Beschuldigte der Schöpfer des Kunstwerks, noch nimmt das Flugblatt in irgendeiner Weise Bezug zum Werk des Künstlers. Der Name des Künstlers ist nicht erwähnt, auch handelt es sich hier nur um einen Ausschnitt aus der ursprünglichen Collage. Auch wird mit dem Flugblatt und der Abbildung des Vogels kein Kunstwerk beworben, sondern eine politische Veranstaltung.“

Weiter aus der Verfassungsbeschwerde: Durch den Beschlagnahmebeschluss wird das Verbreiten der Flugschrift durch den Beschwerdeführer inkriminiert und die Werbung für die Antikriegsveranstaltung in dem ehemaligen „Führerbau“ behindert, der Beschwerdeführer kriminalisiert. Bei der Flugschrift handelt es sich um die Aufforderung, sich mit der aktuellen Politik, mit den Gefahren der Weltwirtschafts- und Eurokrise auseinanderzusetzen und darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtige Regierung aus den Lehren der großen Weltwirtschaftskrise des

letzten Jahrhunderts nicht gelernt zu haben scheint und die Gefahr besteht, dass diese Politik erneut in einem Krieg enden könnte [...].

Das mangelnde Verständnis [auf Seiten der Gerichte] für ein Werk der politischen Kunst beweist sich schon darin, dass die Fotomontage des antifaschistischen Künstlers John Heartfield auf einen „Vogel“, der „eine Armbinde mit dem Hakenkreuz trägt“ (Beschluss des AG München) bzw. auf einen „Greifvogel“, der auf der „Armbinde ein Hakenkreuz“ trägt (Beschluss des LG München) reduziert wird. Tatsächlich ist – wie die Richter nicht erkennen – diese Fotomontage Geschichte, sie hat eine Bedeutung im Kampf gegen den deutschen Faschismus, die vielleicht nicht jedem Bürger geläufig sind, aber geläufig sein sollte [...]. Die von dem Beschwerdeführer verwendete Fotomontage John Heartfields „Hitlers Friedenstaube“, erschien im Januar 1935 auf der Titelseite der Arbeiter Illustrierten Zeitung, einer Zeitung der kommunistischen und antifaschistischen Bewegung. Die Fotomontage der „Tauben“, die ein Habicht ist, war ein damals sofort verständlicher Rückgriff auf den Namen des Theodor Habicht, der als wichtigster Drahtzieher des „Juliputsches“, des gescheiterten nationalsozialistischen Umsturzversuchs in Österreich galt, bei dem auch der damalige österreichische Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde. John Heartfield flüchtete im Jahr 1933 vor den Nationalsozialisten nach Prag, wurde 1934 aus Deutschland ausgebürgert und floh im Dezember 1938 – nach der Besetzung des Sudetenlandes infolge der mit dem Münchner Abkommen geführten „Appeasement-Politik – nach Großbritannien [...]. Dass der Kammer möglicherweise das Wissen um die Bedeutung der Heartfield Montage fehlte, heilt die Fehler der Entscheidung nicht. Wer sich heutzutage die Mühe macht, die Untertitelung der Fotomontage „Hitlers Friedenstaube“ in die Google Suchmaschine einzugeben, landet bei der Abbildung der „AIZ“ und kann sich davon überzeugen, dass es sich hierbei um eine antifaschistische Symbol

handelt [...]. Amtsgericht und Landgericht haben ihre individuellen Maßstäbe an Stelle der von der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung vorgegebenen Maßstäbe gesetzt. In den angegriffenen Beschlüssen haben sie darum nur formelhaft einen „offenen Kunstbegriff“ zugrunde gelegt, sich aber an die hierzu vorhandenen Vorgaben nicht gehalten. Der Beschwerdeführer indes hat ein Recht darauf, von der rechtswidrigen Beschlagnahme seiner Flugblätter verschont zu bleiben.

In einer früheren Beschwerde gegen die Münchner Gerichtsbeschlüsse hieß es darüber hinaus:

„Die Verwendung des Bildes von Mona Lisa ist auch dann von der Kunstfreiheitsgarantie geschützt, wenn Leonardo Da Vinci nicht genannt wird. Ist Kunst nicht mehr Kunst, wenn sie unbequem wird? Wilhelm der II. sagte Anfang des 20. Jahrhunderts: Was Kunst ist, das bestimme ich, und sonst keiner! Was wird hier also verletzt: Es wird nicht untersucht und geprüft, um was es sich hier handelt. Nein. Es wird schlicht und einfach gesagt: Hier ist ein Hakenkreuz. Daher ist es zu verbieten. Was bedeutet das? Es wird hierdurch ein großes Stück Kultur der Arbeiterbewegung verboten. Für strafbar erklärt. Es wird damit der Kampf gegen die erneute Gefahr eines Weltkriegs und des Faschismus mit den Mitteln der Kunst für verboten erklärt. Dies natürlich nicht so, dass gesagt wird: Der Kampf gegen Faschismus und Krieg ist verboten. Aber so, dass gesagt wird: So wie ihr eure Flugschriften gestaltet, so ist es verboten. Weil – so sagt es der Beschluss – hier keine Kunst vorliegt, und zudem keine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erkennbar sei. Dies stellt eine massive Beschneidung erkämpften demokratischen Rechts dar. Denn, dass Kunst nicht nur um der Kunst willen Kunst ist, also l'art pour l'art gilt, das musste und wurde schon einmal erkämpft.“

Klar ist, dass Recht und Gesetz nicht „objektiv“ sind, sondern sich stets an den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft ausrichten; klar ist, dass bürgerliche Rechte für die Arbeiterbewegung nur solange Gültigkeit haben, solange wir sie verteidigen; klar ist, dass die Verteidigung bürgerlicher Rechte unsere Kampfbedingungen gegen Krieg und Faschismus verbessert ... – klar ist aber auch, dass wir beim bloßen Kampf um bürgerlich-demokratische Rechte

nicht stehen bleiben können, wenn wir die Gefahr von Faschismus und Krieg endgültig beseitigen wollen! In diesem Kampf lassen wir uns weder unsere Meinung, noch die Kunst als politisches Mittel verbieten! Für die Freiheit der Kunst!

Dabei halten wir es wie Bertolt Brecht in seinem „Offenen Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller“ (1951):

1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung.
2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung.
3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung.
4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung.
5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern. Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.

Julian (Regensburg)

Mach mit!

Auch wenn wir derzeit nicht einmal an den Sommer denken können, ist der Herbst gar nicht mehr weit weg. Und im Herbst fährt der Zug!

Ende September, also in gerade noch vier Monaten, wird sich die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ wieder in Bewegung setzen. Die Fahrt wird durch die Tschechische Republik gehen, dahin wo deutsche Großmachtträume schon so oft ihren Anfang fanden. Bis dahin wird der Jugendaktionsausschuss gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken (Bezirk Niederbayern/Oberpfalz) und der FDJ die Zeit und mehrere Aktionswochenenden nutzen, sich und möglichst viele Kriegsgegner vorzubereiten:

1.- 2. Juni:

Auf der Antikriegsveranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“, letztes Jahr in München sangen Zwerge gegen Arbeiter an. Das Deutschlandlied gegen das Solidaritätslied. Es fand dort ein regelrechter Kampf auf der Bühne statt, ein Kampf der Lieder zwischen deutschem Großmachtstreben und internationaler Solidarität. Am 1. und 2. Juni werden wir ausprobieren, ob dieser Kampf auch im Freien funktioniert. Wir werden nach Nürnberg fahren und dort gemeinsam mit AgitProp-Gruppen-Unterstützung sowie dem Regisseur der Antikriegsaktion Thomas Schmitz-Bender proben und probieren. Abends werden wir Nürnberg ins Kino ausführen, zum Film „Sein oder nicht Sein“.

13.-14. Juli:

„Dort wo deutsche Großmachtträume schon so oft ihren Anfang fanden“ – was heißt das und wie steht es heute um die deutschen Großmachtträume und die Tschechische Republik? Damit werden wir uns an diesem Wochenende zusammen mit tschechischen Jugendlichen beschäftigen – vielleicht sogar in der Tschechischen Republik selbst.

In jedem Fall wird dort geworben für den Zug, mit allem was dazu gehört...



24.-25. August:

Jetzt wird es praktisch. Denn ohne LKWs auch kein Aktionszug. Wir werden den Jugendwagen gestalten: Transparente malen, Programm proben, über alles noch einmal nachdenken, was wir beim letzten Zug nicht getan haben und besser hätten tun sollen und andersrum. Da gibt's also das erste Mal ein bisschen Zugatmosphäre. Stattfinden wird das Ganze vermutlich dort, wo die LKWs überwintert haben.

21.- 22. September:

Direkt vorm Losfahren wird noch einmal Werbung gemacht, geprobt, Werbung gemacht, geprobt, Werbung gemacht und so weiter. Flugblätter, Plakate, Kneipentouren – Die Strecke gehört uns!

Zu allen Wochenenden wird die polnische und tschechische Jugend eingeladen. Außerdem werden wir mit anderen Teilen der internationalen Aktions-einheit zusammentreffen. Auf jeden Fall wird jedes Wochenende für sich spannend!

Daher: meldet euch an!

Tanja (Hamburg)

Die Kommunistische Jugendunion Tschechiens

Interview mit Radim Gonda

Im Jahre 2010 erfuhr die Kommunistische Jugendunion Tschechiens (KSM) zum ersten Mal von der Internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ als einer Bündnisaktion fortschrittlicher Kräfte gegen den Kriegskurs des deutschen Imperialismus. Ihre Teilnahme begründete die KSM damals folgendermaßen: „Die Teilnahme der Kommunistischen Jugendunion ist ein Teil der antiimperialistischen Aktivität der KSM, die eine der Säulen unserer Organisation darstellt. Der Kampf gegen das imperialistische Dreigespann EU, USA und NATO, gegen ihre Politik der Aggressionen, Okkupationen. [. . .] Mit der Entwicklung der Krise des kapitalistischen Systems ziehen sie uns auf die Schwelle neuer weltweiter Konflikte für die Aufteilung der Rohstoffquellen und Märkte.“

Die Aktionseinheit von fortschrittlichen Organisationen der BRD, der annektierten DDR, der Tschechischen Republik und der Republik Polen ist von größter Wichtigkeit, da sie die Unteilbarkeit der internationalen Arbeiterschaft im Kampf gegen den Imperialismus darstellt. Dass die Verwirklichung zur Herstellung dieser Einheit nicht einfach ist, ist Teil des Klassenkampfes. So ist die tschechische Republik fest in der Hand bundesdeutscher Medien; Kooperationsabkommen zwischen der Bundespolizei und den tschechischen Grenztruppen sind im Rahmen von Frontex alltäglich geworden. Die Politik des deutschen Imperialismus, sich in die internen Angelegenheiten eines souveränen Staates einzu-

mischen, ist allgegenwärtig. Dies zeigte sich unter anderem bei der Unterzeichnung des EU-Vertrags von Lissabon, der die Unterzeichner zur Aufrüstung verpflichtet und damit einem deutschen Militärdiktat gleichkommt. Parallel dazu will die nationale Bourgeoisie der Tschechischen Republik die letzten Reste des Sozialismus durch die Privatisierung von Wohnungen und Industriebetrieben beseitigen.



Im 85. Jahr des Münchner Abkommens soll im September 2013 der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ nun von München durch die Tschechische Republik fahren, um vor der Kriegsgefahr zu warnen. Das Bündnis mit unseren tschechischen Genossen soll dabei vertieft werden, denn wir haben nur eine Zukunft im Sozialismus unter der Einheit der Arbeiterklasse.

Interview

Um einen Eindruck von unserem Bündnispartner, der KSM, zu bekommen, stellt sich die Kommunistische Jugendunion der Tschechischen Republik vor: Fragen an Radim Gonda, Mitglied der KSM.

Sandy: Wie ist der Kommunistische Jugendverband entstanden? Welche Entwicklung hat er durchlaufen?

Radim: Die KSM wurde bereits 1920 noch vor der Gründung der KP der Tschechoslowakei 1921 gegründet. Bei ihrem Gründungskongress erging ein Aufruf an die Kommunisten der verschiedenen Nationalitäten der CSR, eine national geeinte KP unter den Prinzipien der Kommunistischen Internationale zu gründen.

Während der Existenz der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938) wurde die KSM mehrmals durch den Staat verboten. Trotz der Illegalisierung und der scharfen politischen Unterdrückung führte die KSM eine Reihe von Kämpfen, u.a. baute sie Trainingszentren für die Arbeiterklasse in der proletarischen Pfadfinderbewegung auf, beteiligte sich an antimilitaristischen Aktivitäten; sie organisierte die Solidarität mit der UdSSR; sie war aktiv unter den Studenten mit einer eigenen Fraktion, der so genannten KOSTRUFKA; sie brachte den kommunistischen Gedanken in die Betriebe und in die Armee im Kampf um den bolschewistischen Charakter der KSC, der seinen

Höhepunkt mit der Berufung von Klement Gottwald in die Leitung der Partei 1929 erreichte.

Die KSM bildete eine Reihe von wichtigen Militanten aus, die die KSC stärkten. Nach der Nazi-Okkupation waren die jungen Kommunisten aktiv im Widerstand, und viele gaben ihr Leben in diesem Krieg für die Befreiung. Vor diesem tragischen und heroischen Kapitel unserer Geschichte entschieden sich die Kommunisten gegen die Gründung einer rein kommunistischen Jugendorganisation (Mitte 1930er) und reihten sich stattdessen in die Einheitsfront gegen den Faschismus ein. Trotz dieser Politik blieb der Charakter der Organisation aus der Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik bestehen und lebte unter veränderten Bedingungen in einer Reihe von Organisationen weiter – etwa in der Jugendunion, der nationalen Bewegung der arbeitenden Jugend, der Kommunistischen Union einer jüngeren Generation, der Avantgarde (Predvoj), der Tschechoslowakischen Jugendunion, der Leninistischen Jugendunion (1968) und der Sozialistischen Jugendunion, die während der Phase

der Aufrichtung des Sozialismus in der CSSR gegründet wurde.



Aufstand gegen die faschistischen Okkupanten in Prag, 5.-9. Mai 1945

Sandy: Wie stellte sich die Situation für die tschechische Jugend und den Jugendverband nach 1989/90 und 1992/93 dar?

Radim: Nach der Wiederherstellung des Kapitalismus Anfang der 1990er Jahre wurde die KSM als eine Organisation junger Kommunisten, die sich gegen diese Entwicklung wandte, 1990 wiedererrichtet. Unsere letzte Etappe der Aktivitäten, die bis heute andauert, begann. 1992 zerbrach eine Koalition von linken Kräften, die von der KP Böhmen und Mähren erschaffen worden war, der so genannte „Linke Block“. Hiervon war auch die KSM betroffen. Die Mehrheit der Leitung entschied, die KSM in eine nichtkommunistische so genannte „Linke Jugendfront“ zu verwandeln, die jedoch nur ein paar Monate überlebte und dann verschwand. Die Mitglieder der KSM, die dieser Veränderung der Organisation Widerstand leisteten, errichteten sofort die KSM unter ihrem traditionellen Namen wieder. Diese Periode war gekennzeichnet durch einen Umschlag in Richtung Antikommunismus, durch die Zerstörung der sozialistischen Wirtschaft, die Privatisierung und den Raub des nationalen Reichtums und den Rückgang des Lebensstandards für einen Großteil der Bevölkerung. Die Wiederherstellung des Kapitalismus resultierte in der Teilung der Tschechoslowakei - begangen von den neuen Eliten, vertreten durch die Gesichter von [Vaclav] Klaus in der Tschechischen Republik und [Vladimir] Meciar in der Slowakei. Die politischen Kräfte, die von Klaus und Meciar repräsentiert wurden, hatten verschiedene Vorstellungen von Privatisierung. Während Klaus Tschechien für ausländisches Kapital öffnete, wollte Meciar den nationalen Reichtum zu einem großen Teil in den Händen einer slowakischen Bourgeoisie konzentriert wissen. Dies geschah über Klientel-Netzwerke, die um die neuen slowakischen Parteien gesponnen wurden, vor allem um seine eigene Bewegung für eine demokratische Slowakei. Dieser Unterschied in der Annäherung an den Kapitalismus – neben weiteren wichtigen Faktoren – führte

zu einem Abkommen zwischen den Regierungen der Tschechischen und der Slowakischen Republik, ohne dass je ein Referendum über solch einen wichtigen politischen Akt abgehalten wurde. Dieser „demokratische“ Schritt hielt die Bevölkerung aus der politischen Entscheidung über die Zukunft ihres Landes fern, obwohl sie von der Mehrheit der Bevölkerung in der Tschechischen wie der Slowakischen Republik abgelehnt wurde. Die rechten politischen Kräfte, die die zwei Teile der CSR regierten, wollten jeweils ihre Interessen auf ihrem Territorium umsetzen. Wie Konrad Adenauer einst sagte: „Es ist besser die totale Kontrolle über ein halbes Deutschland zu haben, als die halbe Kontrolle über ein gesamtes Deutschland.“ („Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“ Quelle: Wikipedia, 17.05.2013).

Sandy: Wie kam es zu Spaltung und zum Verbot der KSM?

Radim: Das Verbot der KSM erfolgte viel später als der vorher genannte Prozess. Die juristische Auseinandersetzung, die in dem Verbot der KSM resultierte, begann im Dezember 2005, nur wenige Tage vor dem 7. Kongress der KSM, als das Innenministerium der Tschechischen Republik der KSM ein Ultimatum setzte. Das Ministerium forderte von der KSM, eine Reihe von Punkten in ihrem Parteiprogramm sowie ihren Aktivitäten zu ändern. Die Argumente des Ministeriums waren hohl und untragbar. So sollte die KSM zum Beispiel ihre politischen Aktivitäten einstellen. Das war natürlich Nonsense. Und es war bezeichnend, dass das Ministerium die Arbeit anderer Jugendorganisationen mit anderer Parteibindung nicht behinderte. Das Ministerium forderte weiterhin, Texte, die als Klassiker des Marxismus-Leninismus fungieren, von der Homepage der KSM zu nehmen, da sie als verbotene politische Propaganda bezeichnet wurden. Auch diese Forderung des Ministeriums hatte keine Basis im geltenden Recht. Natürlich wiesen wir das Ultimatum des Ministeriums zurück und begannen einige Monate später eine „Debatte“ mit dem Ministerium, u.a. kam es zu einem Treffen mit dem damaligen Innenminister Bublan. Während dieser Zeit musste das Ministerium ein Argument nach dem anderen fallen lassen. Aber das politische Ziel war gesetzt und musste erfüllt werden. 2006 schließlich verhängte das Ministerium ein Verbot gegen die KSM basierend auf dem Punkt im Parteiprogramm, in dem es um die Ersetzung der privaten Aneignung durch die kollektive Aneignung der Produktionsmittel geht.

Was stand hinter der Entscheidung der Staatsgewalt, die KSM zu verbieten? Die bourgeoisen Kräfte hatten ein manifestes Interesse daran, die Lebensadern innerhalb der KSCM zu schröpfen und die Zukunft der KP als KP zu eliminieren. Enormer Druck wurde auf die KSCM ausgeübt, ihre kommunistischen Prinzipien und ihren Charakter aufzugeben. Diese Anstrengungen waren erfolgreich. Die Zerstörung der KSM war wichtig, weil sie als organisierte, aktive Kraft ihre Arbeit auf der Straße, innerhalb der Bevölkerung und unter den Mitgliedern der KSCM beibehielt. Weil die KSM sich konsequent dem sozialdemokratischen Weg der KSCM als wichtiger Parlamentspartei entgegenstellte. Erinnert euch an das Verbot der KPD, dem das Verbot der FDJ voranging. Durch die Systemangleichung der KSCM hatte die staatliche Macht nicht mehr mit der kommunistischen

„Gefahr“ zu kämpfen. Das war das Ziel. Während der nachfolgenden Jahre durchlief die KSM eine extrem schwierige Zeit. Die KSM rief eine nationale und internationale Kampagne gegen das Verbot ins Leben. Die große internationale Solidarität war dabei sehr wichtig. Die KSM erhielt große Unterstützung von kommunistischen, linken und Arbeiterorganisationen, vom Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) und von bekannten Persönlichkeiten, wie dem Nobelpreisträger Dario Fo und anderen. Diese Solidarität gab uns Stärke. Die gerichtliche Auseinandersetzung um das Verbot war dagegen kompliziert und langwierig. Die örtliche Gerichtsbarkeit von Prag bestätigte das Verbot durch das Innenministerium. Dagegen erhob die KSM Einspruch beim obersten Gerichtshof in Brno. Dieser stellte nach vielen Jahren fest, die Entscheidung des örtlichen Gerichts von Prag sei nicht stichhaltig, da es nicht über Beweise verfüge, dass die KSM eine Gefahr für das bourgeoise kapitalistische System darstellt. Das heißt aber auch, dass die Gründe für ein Verbot von Seiten des Innenministeriums (privater vs. Kollektiver Besitz der Produktionsmittel) als nicht tragfähig angesehen wurden. Es war lediglich das Unvermögen der Polizei, „geeignete“ Beweise zu finden, das den Obersten Gerichtshof veranlasste, die Entscheidung der örtlichen Gerichte in Prag abzuweisen. Diese Wort-



wahl lässt die Gefahr für die Zukunft erkennen: Der Staat hat durch diese gerichtliche Entscheidung die legale Kompetenz, jede Organisation zu verbieten, die die Gefahr der Abschaffung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus beinhaltet - sobald die (Geheim-)Polizei genügend Beweise dafür erbringt, dass diese „Gefahr“ für den Kapitalismus stark genug ist. Das Urteil illustriert buchstäblich – mit den Worten des Gerichts – dass das Spiel um demokratische Rechte nur so lange erlaubt ist, wie es dem kapitalistischen System erlaubt, mit „konventionellen“ Maßnahmen gegen politische Gegner vorzugehen. Die Fassade von „demokratischen Rechten“, die den Klassenkampf und die Klassennatur der bürgerlichen Staatsmacht verdecken, verschwand im Laufe des Kampfes der KSM gegen das antikommunistische Verbot. Das ist einer der Punkte, dem man Beachtung schenken sollte. Diese „Entschleierung“ des bürgerlichen Staates und seiner ideologischen „Legitimation“ ist einer der wichtigsten Siege im Kampf der KSM. Das örtliche Gericht in Prag entschied 2010, dass seine Entscheidung, die KSM zu verbieten, im vorher-

genannten Sinn falsch war. Dies beendete Jahre der Illegalität der KSM.

Sandy: Welche Kämpfe führt ihr aktuell?

Radim: Die KSM begann 2013 mit den Resultaten ihres letzten, 10. Kongresses, der am 01.12.2012 in Olomouc stattfand. Dieser Kongress war abgesehen von einem außerordentlichen Kongress der erste nach der Aufhebung des Verbots der KSM. Eines der wichtigsten Resultate des Kongresses ist ein Aufruf zum Aufbau einer antiimperialistischen Antikriegsbewegung in der Tschechischen Republik. Der antiimperialistische Kampf war und ist eine der Säulen der Arbeit der KSM. Wir haben eine Kampagne vor allem zur Verteidigung von Syrien, Cuba und Venezuela ins Leben gerufen. Die KSM organisiert Treffen, auf denen Delegierte der KSM die Bevölkerung der Tschechischen Republik über eine Solidaritätsreise nach Syrien im Jahre 2012 informieren. Die KSM hat weiterhin

eine Facebook-Seite zur Verteidigung von Syrien ins Leben gerufen und beteiligt sich aktiv an Demonstrationen in dieser Sache. KSM-Aktivist*innen traten außerdem der so genannten Dissidenten-Bloggerin Yoani Sánchez bei öffentlichen Debatten während ihrer Anti-Cuba-Tour in der Tschechischen Republik im März 2013 entgegen. Bei diesen Kämpfen arbeitet die KSM eng mit der kubanisch-tschechischen Freundschaftsgesellschaft und der tsche-

chischen Friedensbewegung zusammen.

Wir haben in den sozialen Kämpfen gegen die momentane rechte Regierung und ihre unpopulären „Reformen“ an großen Gewerkschaftsdemonstrationen in Prag mitgewirkt, bei denen mehr als 100.000 Arbeiter teilnahmen.

Die KSM beteiligt sich am Kampf um fundamentale demokratische und Menschenrechte, wie im Fall des jungen Busfahrers Roman Smetana, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er auf Wahlplakate der Parlamentsparteien Fühler auf die Köpfe der Parteipolitiker gezeichnet hatte.

Die jungen Kommunisten kämpfen momentan gegen die so genannte Kirchenrückgabe, d.h. gegen die Zuweisung von 96 Mrd. CZK an die Kirchen, vor allem an die katholische Kirche. Dieses Gesetz wurde im Parlament verabschiedet und setzt den Schlussstein unter den unglaublichen Raub nationalen Reichtums und die Enteignung der Bevölkerung, die 1989 begonnen hat. Gerade wurde von der KSM ein tschechisches Vorbereitungskomitee für eine Delegation zu den 18. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Ecuador eingerichtet.

Sandy (Frankfurt), Radim Gonda (KSM)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Bundeswehr statt Brecht? - Brecht statt Bundeswehr!

In vielen Städten wurde und wird das Antikriegsstück „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Brecht mit der Musik von Paul Dessau aufgeführt. Inszeniert wird es vom Bertolt-Brecht-Jugendprojekt und der Agitprop-truppe Roter Pfeffer aus Bremen.

„Das Stück ist heute kein Stück mehr, das zu spät gekommen ist, nämlich nach einem Krieg. Schrecklicherweise droht ein neuer Krieg. (...) Ich möchte gern wissen, wie viele der Zuschauer von „Mutter Courage und ihre Kinder“ die Warnung des Stückes heute verstehen.“ fragt Brecht.



Die Mobilisierung für die Aufführungen der „Courage“ wurde an den Schulen dafür genutzt, die Frage von Krieg oder Frieden zu stellen, dort, wo es heute droht, dass die Schulen wieder zu Kasernen werden und wo schon wieder das Militär ein- und ausgeht und, wo nur noch das Nötigste gelehrt wird.

Bei den dutzenden Verteilungen stellte sich heraus, dass einigen Schülern Bertolt Brecht völlig unbekannt ist, „Ausflüge“ zur oder „Unterricht“ bei der Bundeswehr jedoch zu ihrem Schulalltag gehören.

Als nur ein Beispiel ist das Bertolt-Brecht-Gymnasium in München zu nennen, wo praktisch den „Werbern“ für Brechts Courage Hausverbot erteilt wurde, weil sie es wagten, Lehrer und Schüler über die Aufführung zu unterrichten. Es wundert nicht, dass im selben Monat die Schülerinnen dieses Mädchengymnasiums zweimal zur Bundeswehr gefahren sind. Ebenso wurde das Jugendamt beauftragt, zu prüfen, ob Flugschriften, mit denen unter anderem für die „Courage“ geworben wurde, „jugendgefährdend“ seien.

In Duisburg hat das Ordnungsamt die Polizei beauftragt, die Flugblätter zur „Courage“ zu beschlagnahmen, da die Verteilung angeblich hätte angemeldet werden müssen.

Neben dem Flugblattverteilen vor Schulen, wurden häufig auch kurze Reden per Megaphon gehalten, Musik gespielt und kleine Auftritte gemacht. Damit wurde oft der Schultrott etwas durcheinander

gebracht. So wurde in Essen der Frida-Levy-Gesamtschule aufs Dach gestiegen. Pünktlich zum Pausengong zogen Unterstützer der Courage mit Getrommel und Leiter durch den Pausenverkauf auf den Innenhof der Schule. Dort wurde dann die Leiter angelegt und der Trommler stieg rauf aufs Dach und begann zu trommeln. Dann kam es mehrfach - in verschiedenen Variationen - zu folgendem kleinen aber lauten Dialog:

„Was tut der da?“

„Der spielt die stumme Katrin aus dem Theaterstück die Mutter Courage von Bertolt Brecht“

„Und warum trommelt der so?“

„Der will wie sie vor dem Krieg warnen!“

„Der soll aufhören mit dem Trommeln?“

„Nee mit dem Krieg muss aufgehört werden!“



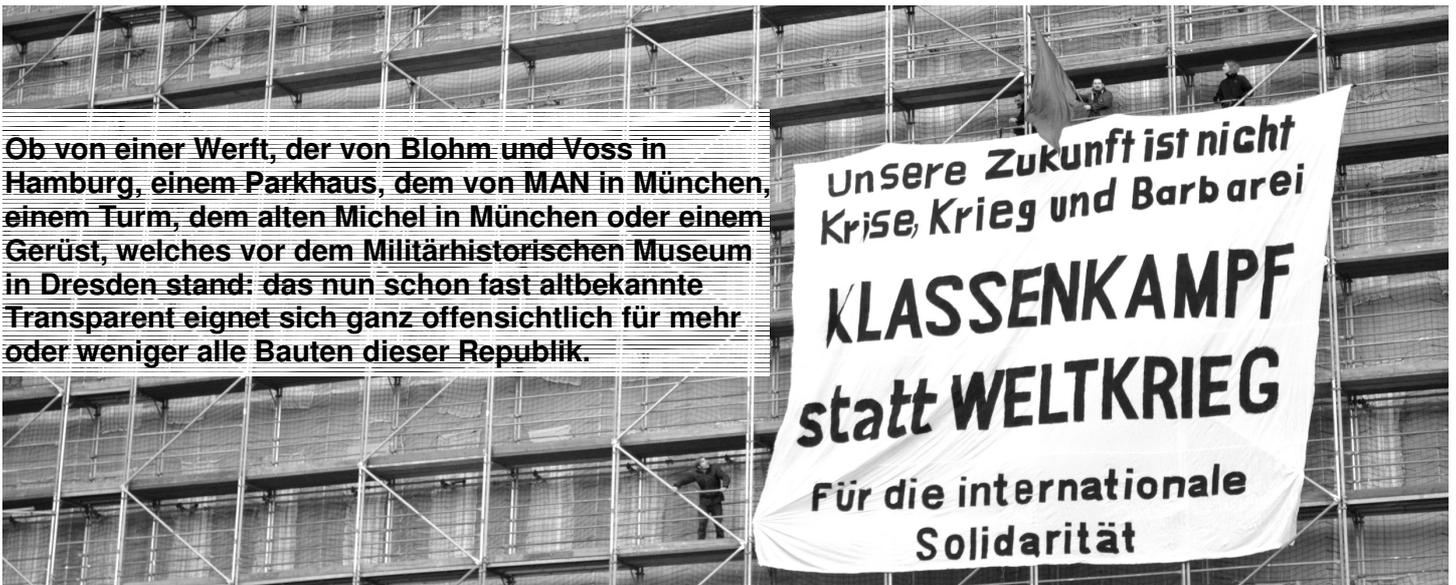
Das führte zu Diskussionen und einer regen Abnahme der Flugblätter. Eine Lehrerin schickte zwei ihrer Schüler, um einen Stapel Flugblätter für die Klasse zu holen.

So wurden die Aufführung der „Mutter Courage und ihre Kinder“ genutzt, um gegen den Militarismus und die Dummheit an den Schulen anzugehen. Mit Kultur gegen die Barbarei. Oft war dies erst der Anfang einer Auseinandersetzung an den Schulen, aber ein lohnenswerter.

Michi (München)

Fast schon täglich grüßt das Murmeltier...

...mit der Losung „Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?“



Ob von einer Werft, der von Blohm und Voss in Hamburg, einem Parkhaus, dem von MAN in München, einem Turm, dem alten Michel in München oder einem Gerüst, welches vor dem Militärgeschichtlichen Museum in Dresden stand: das nun schon fast altbekannte Transparent eignet sich ganz offensichtlich für mehr oder weniger alle Bauten dieser Republik.

Diesmal zu Gast bei BASF in Ludwigshafen



BASF ist einer der Nachfolger der IG Farben, jenem Konzern, der nicht nur in Auschwitz produzieren ließ. Heute reicht es wieder zu einem der größten Chemie-Monopolisten der Welt.

Die „entnazten Nazis“, die in dieser Republik statt verurteilt zu werden, wieder die Milliarden und Abermilliarden gleich nach 1945 scheffeln konnten und können, ja, sie brechen den Weltfrieden. Denn ihnen, den deutschen Imperialisten, kann es nicht auf immer und ewig gelingen, mit vermeintlich friedlichen Mitteln vor allem von den Völkern Europas das – vielleicht letzte – Hemd zu holen, was die anderen, die US-Imperialisten oder die französischen, genauso gerne hätten.

Der drohende Krieg von deutschem Boden aus wird den Weltfrieden brechen, treten wir seinen Baumeistern nicht früh genug entgegen – das ist wohl sicher.

Da drohen einem Verfahren z.B. gegen den Bruch des Hausfriedens, denn auch das Gerüst bei BASF befand sich auf so genanntem Betriebsgelände (welches die Kriegsgegner aus verschiedenen Organisationen im März diesen Jahres nicht rechtzeitig vor dem Eintreffen von Werkschutz und Polizei verlassen konnten), die erstmal zu gewinnen sind.

Bei Blohm und Voss wurden wir ebenso angeklagt, wir blieben aber dabei: „Was ist der Bruch des Hausfriedens, gegen den Bruch des Weltfriedens?“ Die Einstellung des Verfahrens war die Folge (siehe gleichnamige Broschüre).

Ein „BASF-Prozess“ könnte nun anstehen, aber deswegen nicht dort vor dem Krieg warnen, wo er seinen Nährboden hat? „Als ob es besser für die Menschheit wäre, wenn Dunkel gebreitet wird über das, was das Licht scheut!“ (Bertolt Brecht).

Jan (Regensburg)

„Gegen Krieg und Faschismus – damals und heute!“

Ein Bericht über ein gemeinsames Seminar

Wenn von Faschismus die Rede ist, tauchen in unseren Köpfen schnell die passenden Bilder dazu auf: Fackelmärsche, Hakenkreuze, SA-Horden... Das ist das Bild, das uns in den Schulen und durch die Medien vermittelt wird: Der Nationalsozialismus, wie wir ihn aus dem Deutschland der 30er und 40er Jahre kennen, als einmaliger „Ausrutscher“, als „Missgeschick“ der Geschichte.

Um dieses vorherrschende Bild an der Realität zu überprüfen, haben wir, das heißt die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, die Freie Deutsche Jugend und der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, ein gemeinsames Seminar durchgeführt. Unter dem Motto „Gegen Krieg und Faschismus – gestern und heute“ trafen wir uns über Ostern im Salvador-Allende-Haus in Finsterau.

Zuerst versuchten wir ganz allgemein zu untersuchen, wie es in diesem System, dem Kapitalismus, möglich ist, dass eine Handvoll Fabrik- und Bankenbesitzer die Macht haben und der Rest, der jeden Tag für diese Herren arbeiten gehen muss, das Ganze auch noch mitmacht. Wir haben festgestellt: Der einfachere Weg für die Herrschenden ist es, die Bevölkerung zu betrügen und ruhig zu halten. Alle paar Jahre zu wählen, wer uns in den Parlamenten ver- und zertreten soll, auf 5 % mehr Lohn in den Tarifverträgen zu hoffen, den Kopf einzuziehen und für einen „gemäßigten“ Kapitalismus zu beten, so hätten uns die Industriebosse gerne. Dass das nicht immer klappt, hat sich zum Beispiel in Deutschland in der Weimarer Republik gezeigt: Wenn rund eine Million Menschen Mitglied in der SPD und fast 300.000 Kommunisten in der KPD organisiert sind, kann es für die Herrschenden ungemütlich werden. Wenn es dann gleichzeitig durch Weltwirtschaftskrise und verlorenen 1. Weltkrieg keine andere Lösung mehr gibt, um die Profiteure der Industrie und Banken zu sichern, als andere Länder zu überfallen, brauchen die Kapitalisten den Faschismus. Für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung nach innen und um den Krieg nach außen zu organisieren.

Dass „der“ Faschismus aber nicht immer wie der Nationalsozialismus in Deutschland aussehen muss, haben wir an unterschiedlichen Beispielen untersucht: Der italienische Faschismus unter Mussolini hat sich nur schleichend entwickelt. Mehrere Jahre wurde das Parlament noch aufrechterhalten, andere Parteien nicht verboten etc. bis die offene faschistische Diktatur errichtet war. In Spanien war es ein Putsch des Militärs unter der

Führung von General Franco, der den Weg Richtung Faschismus ebnete. Und nur durch die Unterstützung der deutschen Nazis und der italienischen Faschisten war es möglich, den antifaschistischen Widerstand im Spanischen Bürgerkrieg zu brechen. Ähnlich sah es in Chile in den 60er Jahren aus: Die Regierung der Unidad Popular, einem Wahlbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und linken Christen, begann nach ihrem Wahlsieg fortschrittliche Reformen wie die Verstaatlichung der Industrie und Enteignung der Großgrundbesitzer durchzuführen. Um das Land wieder in die Hände der Imperialisten zu bekommen unterstützten u.a. die CIA und auch die Bundeswehr einen Militärputsch und förderten die darauf folgende faschistische Diktatur unter Pinochet. Nun stellte sich natürlich für uns die Frage: Wie kann der Faschismus im Allgemeinen bzw. ganz konkret wie hätte der Faschismus und somit der 2. Weltkrieg in Deutschland verhindert werden können? Die theoretische Antwort darauf war nicht zu schwierig zu finden: Durch die gemeinsame Aktion von Sozialdemokraten, Kommunisten und allen anderen antifaschistischen Kräften. Doch dass das nicht so einfach ist wie es sich anhört, zeigte sich dann auch in den Diskussionen um die konkreten Fehler der SPD und KPD in den 20er und 30er Jahren. Die inhaltlichen Unterschiede zurückzustellen und ein gemeinsames Ziel, die Verhinderung des Faschismus, zu fokussieren ist offensichtlich doch schwieriger, als es sich in der Theorie anhört.

Und wie steht es mit der Gefahr von Faschismus und Krieg heute?

Wir haben festgestellt, dass die Herrschenden aus der Vergangenheit gelernt haben. Heute warten sie nicht, bis das Volk gegen Krise und Krieg auf die Barrikaden geht. Heute rüsten sie ihren Staatsapparat schon im Vorhinein auf, um die Bevölkerung im Inneren niederhalten zu können und effektiv nach außen Krieg führen zu können. Der Bundeswehreininsatz im Inland, die Einrichtung des Heimatschutzes, der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee und so weiter. Diese und viele weitere Maßnahmen bewerteten wir als Kriegsvorbereitung nach innen und außen. Und das macht unsere aktuelle Aufgabe umso wichtiger. Wir müssen das schaffen, woran die Antifaschisten und Kriegsgegner 1933 gescheitert sind: den gemeinsamen Kampf gegen Krieg und Faschismus über die Grenzen der unterschiedlichen Organisationen und politischen Vorstellungen hinweg!

Patrick (Regensburg)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen
- Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3.11.07

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an:
Info@Jugendkongress-NdR.org



Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org) und können von dort aus auch bestellt werden.

ANHANG

- **Stellungnahme** des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik **zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz der Streitkräfte im Inneren**
- **Stellungnahme** des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik - **Gewerkschaft schließt Frieden mit dem Krieg**
- Erklärung der Teilnehmer des Seminars **Gegen Faschismus und Krieg – gestern und heute**

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz der Streitkräfte im Inneren

Die Politiker jubeln, man muss die Verfassung gar nicht ändern, man muss sie nur richtig interpretieren. So mancher denkt sich insgeheim, das werden wir noch brauchen können!

Seit den 1990er Jahren wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren systematisch eingeführt. Angefangen bei Naturkatastrophen und zur Unterstützung der Polizei- und zivilen Kräfte werden die vermeintlichen Befugnisse des Militärs im Inland immer größer. In Verteidigungspolitischen Richtlinien, Weißbüchern und anderen Papieren wurde immer vehementer der Einsatz von Soldaten im Inland als Lösung innerer Probleme manifestiert. Und das ist seither Realität: Soldaten schleppen Sandsäcke gegen Flutkatastrophen, obwohl dafür eine Ausbildung an der Waffe eigentlich nicht nötig ist; Militär wird bei Demonstrationen eingesetzt, so geschehen auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm; und die Bundeswehr übt mit zivilen Rettungskräften, THW, Rotem Kreuz u.ä. für den „schweren Unglücksfall“, für den Fall, dass die Beherrschten nicht mehr so können und wollen, wie bisher.

Dies alles geschieht gegen das Grundgesetz: Soldaten dürfen im Inland nicht eingesetzt werden, eine Kooperation zwischen Polizei und Geheimdiensten ist in Deutschland verboten. Dies sind Lehren aus dem Hitler-Faschismus, die die Befreier Deutschlands zogen und die im Grundgesetz verankert wurden.

Wenn es der Verfassung und ihren wenigen, aber wichtigen demokratischen Grundsätze an den Kragen geht, könnte man meinen, die Herrschaften, deren Job es ist, die Verfassung zu schützen, würden helfen, aber im Gegenteil: Die demokratischen Grundlinien der Verfassung werden auch vom Verfassungsgericht nicht geschützt. Das Plenum des Bundesverfassungsgerichts hat in seiner Entscheidung vom 3. Juli 2012 den Einsatz der Bundeswehr mit spezifisch militärischer Bewaffnung im Inland für verfassungsgemäß bewertet und hat damit sowohl seine Kompetenzen als nicht gesetzgebende Instanz überschritten, als auch wesentliche Lehren aus dem Hitler-Faschismus und der deutschen Geschichte angegriffen. Wir verurteilen dies als einen doppelten Angriff auf die Demokratie und als einen weiteren Schritt der Mobilmachung gegen die Aufstände, die angesichts solcher Entwicklungen notwendig sind und kommen müssen.

Wenn die Gesetze der Herrschenden von den Herrschenden gebrochen werden, ist es soweit, dass die Herrschaft der Herrschenden gebrochen werden muss.

Regensburg, 22.09.12

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Gewerkschaft schließt Frieden mit dem Krieg

Auf Einladung des DGB-Vorsitzenden Sommer nahm der Kriegsminister de Maizière an der DGB-Bundesvorstandssitzung am 05.02.2013 teil. Nach einigen Stunden Gespräch war klar: Es gebe nichts, was einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, einem Frieden zwischen Gewerkschaft und Krieg entgegenstehe. Eine gemeinsame Erklärung solle erarbeitet und die Zukunft gemeinsam gestaltet werden.

In der anschließenden gemeinsamen Presseerklärung hieß es:

Sommer: *„Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften das ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr.“* De Maizière: *„Den Geist der 70er Jahre haben wir erfolgreich überwunden.“* Laut Kriegsminister De Maizière verstehen sich sowohl Gewerkschafter als auch Bundeswehr als Teil der Friedensbewegung. Die Haltung des Herrn Sommer war folgende: *„Egal wie wir jetzt zu der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen, wenn der Bundestag entschieden hat und wir damit in Vertretung des deutschen Volkes Soldaten ins Ausland schicken, bin ich der Auffassung, dann müssen wir auch alles dafür tun, diese Soldaten anständig auszurüsten und zu schützen, das gehört auch dazu. Egal ob ich die Entscheidung selber für richtig oder für falsch halte.“*

Die gemeinsame Erklärung soll nun die Formen der Zusammenarbeit festlegen, Fragen der Ausbildung, der Personalpolitik in Chemie- und Rüstungsindustrie klären und die Bundeswehr als Arbeitgeber etablieren. Aber vor allem soll sie ein für alle Mal festhalten, dass es zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften keinen Interessensgegensatz gibt, mit anderen Worten Frieden herrscht.

Wir erklären diesem Frieden den Krieg!

Es kann keinen Frieden mit dem Krieg geben! Der „Geist der 70er Jahre“, der heute überwunden sein soll, ist kein Geist der 70er. Es ist die Erfahrung aus zwei Weltkriegen, die dieses Land begonnen hat. Das ist also kein ominöser Geist, sondern mehrere Millionen Leichen! Diese Leichen haben Gewerkschafter lernen lassen: Der Frieden der Herrschenden heißt Krieg. Diese Leichen haben Gewerkschafter kämpfen lassen für den Aufbau eines friedlichen Deutschlands, gegen die Wiederbewaffnung, die die gleichen wollten, die Deutschland gerade in Schutt und Asche gelegt hatten und mit dazu die halbe Welt.

Das ist also wahrlich keine Erfahrung, die es zu überwinden gilt, sondern eine, die jedem Gewerkschafter immer und jeder Zeit vor Augen stehen muss. Und die erst recht dann vor Augen stehen muss, wenn gerade die Jugend in diesem Land immer mehr dem Zugriff der Bundeswehr ausgesetzt wird, in Schulen, in Sportvereinen usw. Auch heute sieht die „Friedensbewegung Bundeswehr“, wie Herr Mazière sie nennt, so aus, dass deutsche Bomben auf Jugoslawien geworfen werden, dass deutsche Panzer in Afghanistan Angst und Terror verbreiten, dass deutsche Soldaten in der ganzen Welt stehen.

Der Bundeswehr-Oberst Klein hat in Kundus/Afghanistan den Beschuss eines Tankklusters veranlasst, was den Tod von über 160 Menschen bedeutete, einschließlich Dutzenden von Kindern, deren Tod er bewusst in Kauf nahm, wie aus einem Untersuchungsbericht hervorgeht. Der Oberst wurde daraufhin nicht etwa verurteilt, sondern zum General befördert. Das ist der Frieden, mit dem Herr Sommer im Namen der Gewerkschaften paktieren will.

Gleichzeitig übt die Bundeswehr für den Fall, dass die Arbeiter sich nicht auf diesen Frieden einlassen: In der Übungsstadt Schnögersburg bei Halle wurde ein Truppenübungsplatz für den Einsatz im Inneren aufgebaut. Eine ganze kleine Stadt, über 500 Häuser, Straßen, Fabrikgebäude wurden dort gebaut, um den Kampf innerhalb einer Stadt zu üben. Auch eine U-Bahn gibt es dort. Und das lässt erahnen, dass dort der Bürgerkrieg gegen uns geübt wird, denn U-Bahnen sind in Afghanistan eher selten.

Noch mal: Es kann keinen Frieden geben zwischen Gewerkschaften und einer Armee, die existiert, den deutschen Frieden in die Welt zu tragen, denn dieser bedeutet Zustimmung zum Krieg. Herr Sommer sollte sich noch einmal mit der Beschlusslage seiner Organisation auseinandersetzen. Darin wird er sowohl Erklärungen gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr, als auch gegen die umfassende Militarisierung der Bevölkerung finden, zu der eine Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Bundeswehr definitiv zu zählen ist.

Diese Gespräche müssen sofort abgebrochen werden! Die einzige Erklärung, die wir vom Vorsitzenden des DGB in punkto Bundeswehr akzeptieren, ist die Forderung nach der Erfüllung des Potsdamer Abkommens, also der sofortigen Auflösung der Bundeswehr!

Erklärung der Teilnehmer des Seminars

Gegen Faschismus und Krieg – gestern und heute

veranstaltet von Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk N/O, Freie Deutsche Jugend und Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Wir haben uns mit der Frage, was Faschismus ist sowie seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen am Beispiel der Geschichte verschiedener Länder, wie, Chile, Argentinien, Spanien, Italien und Deutschland befasst. Daraus schließen wir:

An den verschiedenen Beispielen der Länder wurde deutlich, dass die Wege zur faschistischen Diktatur und ihre Form sehr unterschiedlich sein kann. Dies gilt auch für die faschistische Ideologie. Im Gegensatz zu dem, wie es uns in der Schule gelehrt wird ist der Faschismus ist kein einmaliger Betriebsunfall in der Geschichte unseres Landes, er wird gemacht und er kommt auch nicht immer mit Hakenkreuzfahne daher.

Der Faschismus ist eine Herrschaftsform, die nicht losgelöst von den Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation plötzlich auftritt, sondern bewusst von den Teilen der Mächtigen installiert wird, die den größten Nutzen aus ihm ziehen. Er bringt das größte Leid, Unterdrückung und Tod für die Völker. Nutzen tut er nur ihren Herren, den Monopolisten und Finanzkapitalisten – egal ob diese im eigenen Land oder im Ausland sitzen.

An Hand der historischen Beispiele konnten wir sehen, dass diese Herren, die Kapitalisten, keine Skrupel haben, zum Mittel der faschistischen Diktatur zu greifen, weil ihr System am Arsch ist und sie ihre Macht gefährdet sehen. Wenn das Volk nicht mehr durch Wahlen und bürgerlicher Demokratie betrogen werden kann, scheuen sie sich nicht, es mit dem Mittel der offenen Gewalt nieder zuhalten.

Solange diese Minderheit im Besitz der Produktionsmittel ist und damit die große Mehrheit ausbeutet, solange dieses System, der Kapitalismus nicht beseitigt ist, ist auch die Gefahr des Faschismus nicht beseitigt.

Daraus lernen wir vor allem eins: Wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren.

Und dies gerade heute, da eine Weltwirtschaftskrise den Kapitalismus erschüttert und die Widersprüche unter den Großmächten verschärft. Der Kapitalismus ist am Ende, aber die Kapitalisten werden alles tun ihre Herrschaft zu retten, wenn nötig auch wieder mit Faschismus und Krieg.

Gerade hierzulande können wir beobachten, wie der staatliche Gewaltenapparat zentralisiert und zusammen mit dem Militär gegen uns in Stellung gebracht wird, wie demokratische Grundsätze beschnitten oder missachtet werden.

Aus der Geschichte, insbesondere der deutschen Arbeiter(-jugend)bewegung wissen wir, wie wichtig es ist, über die Organisationsgrenzen hinweg - egal ob Antifaschisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Sozialisten oder Demokraten - zusammen zu arbeiten, wenn wir Faschismus und Krieg verhindern wollen.

Deswegen erklären wir, nicht auf die Lügen über Wurzeln und Ausmaße des Faschismus hereinzufallen. Die Analyse der Vergangenheit bedingt das Handeln der Gegenwart. Wir treten ein für die bedingungslose Anklage der Täter von damals und dafür, dass den Kriegstreibern von heute die Hände zerschlagen werden.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

„Ich habe oft gesagt, dass nicht die Revolutionäre die Gewalt erfinden. Es war die Klassengesellschaft, die im Laufe der Geschichte durch Gewalt und Unterdrückung ihr System entwickelt und den Massen aufgezwungen hat... Wir haben festgestellt, dass es in der ganzen Geschichte keinen einzigen Fall gibt, in dem die Reaktionäre, die Ausbeuter, die Privilegierten eines Gesellschaftssystems, sich mit einer Veränderung abfinden... Was machen nun die Ausbeuter, wenn ihre Herrschaft nicht mehr von ihren Institutionen garantiert wird? ... Sie zerstören sie einfach. Es gibt nichts, was illegaler, repressiver, gewalttätiger und krimineller ist, als der Faschismus... Die Frage ist, wer lernt hier schneller: die Ausbeuter, oder die Ausgebeuteten. Wer wird schneller von diesem Prozess lernen: Das Volk oder die Feinde des Volkes? Seid Ihr wirklich sicher, dass Ihr schneller gelernt habt, als Eure Ausbeuter?“

Fidel Castro 1971 in Santiago de Chile an das chilenische Volk, zitiert nach Kommunistische Studentenzeitung Nr.26, Sept/Okt.1974

